Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 21,50 Mk. Durch die Post monatl. 21,50 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Merseburgerstr. 14 Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 160 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 600 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textsatzteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1063 48, Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 1 Mark | **Freitag, den 5. Mai 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 104**

Der Ueberfall auf die hungernden Gemeindearbeiter

Severing nennt sie im Landtag „Ruhestörer" — Schupo im Landtag

Berlin, 5. Mai.

Infolge der kommunistischen Anfrage sollte sich am Donnerstag der Polizeiminister Severing vor dem Landtag verantworten wegen des Blutbades, das seine Schupo am Dienstagabend vor dem Berliner Rathaus durch ihren hinterlistigen Angriff auf die harmlos demonstrierenden Gemeindearbeiter und -angestellten angerichtet hat.

Die Unabhängigen hatten einen Antrag eingebracht, worin sie neuzeitige Gestaltung der Bestimmungen über den Waffengebrauch der Schutzpolizei, insbesondere sofortige **Außerkraftsetzung der Verpflichtung zum Scharfschießen,** gefordert wird. Die Reaktion fühlte sich durch den neuen „siegreichen" Angriff der Polizei unter Leitung der monarchistischen Offiziere in ihren Machtgefühlen so gestärkt, daß die Deutschnationalen in einer Großen Anfrage vom Staatsministerium „Maßnahmen gegen den Terror der Straße" und sofortige Einbringung eines Gesetzes verlangten, um auch **für das Berliner Rathaus die „Bannmeile" festzustellen.**

Die Tribünen des Landtags waren voll besetzt. Es herrschte erregte Stimmung. Die Empörung über die polizeiliche Schandtat zitterte nach. Fortgesetzt kamen von städtischen Arbeitern und aus anderen Berliner **Großbetrieben Deputationen, meist aller drei Parteirichtungen,** und forderten Maßnahmen zum Schutze friedlicher Demonstrationen des Proletariats. Verschärft wurde die Stimmung noch, als kurz vor Beginn der Sitzung bekannt wurde, daß der Polizeipräsident Richter rings um den Landtag herum in Häusern eine Anzahl bewaffneter Schupomannschaften untergebracht hatte.

Der Präsident Leinert mußte davon, wie er unserem Genossen Katz gegenüber im Aeltestenrat zugegeben hatte. Er tat aber nichts, um diesen nicht nur vollkommen überflüssigen, sondern auch für den Landtag provozierenden Zustand zu Ende zu bringen. Sofort bei Eröffnung der Sitzung nahm der Genosse Katz das Wort, um gegen diese Polizeimaßnahmen Protest zu erheben. Und seltsam, gerade als er die Frage aufwarf, ob nicht auch im Hause des Landtags selbst sich Bewaffnete herumtrieben, stolzierte der Oberstkommandierende der Berliner Schutzpolizei, Major Kaupisch, über die Ministerbank zu Herrn Severing hin, nahm dienstliche Haltung an und erstattete eine Meldung. Der Gedanke mußte naheliegen, daß sie mit den Polizeimaßnahmen im Zusammenhang stand. Empört sausten zwei unserer Genossen auf den Polizeimann zu und verlangten, daß er sich aus dem Landtag entferne. Der Minister wurde sehr verlegen, trotzdem ihn die deutschnationalen und volksparteilichen Abgeordneten durch provozierende Zurufe ermunterten. Es wäre fast zu einem Zusammenstoß gekommen, aber Präsident Leinert schloß kurzerhand die Sitzung und vertagte die Verhandlungen um eine Viertelstunde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung bekam

Genosse Geschke

das Wort zur Begründung der kommunistischen Anfrage. Der schenkte den monarchistischen Provokateuren und ihrem „sozialistischen Schildhalter" nichts.

Weshalb werden gerade die Berliner Gemeindearbeiter und Angestellten so frech verleumdet von den bürgerlichen Parteien und ihren Preßorganen? fragte er und zeigte dann an Hand der gerade zu kläglichen Sätze des neuen Lohntarifs die Berechtigung zur Unzufriedenheit und Empörung dieser Arbeitergruppen. Die Schupo soll zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Ruhe eingesetzt werden, aber nirgends steht geschrieben, daß sie die Berechtigung oder Verpflichtung hat, durch Provokation die Arbeiterschaft so aufzuhetzen, daß sie, die Schupo, in Tätigkeit treten muß. Die schweren Beschuldigungen, die wir erheben, richten sich nicht gegen die unteren Schupobeamten, die von den Offizieren als Werkzeuge gebraucht werden mit Hilfe der militärischen Disziplin, sondern in aller erster Linie **gegen die monarchistischen Offiziere.**

Genosse Geschke schildert nun die Ursachen und den Hergang des blutigen Zusammenstoßes, wie sie bekannt sind. Die Schuld trifft allein den Kommandeur, der erst einen bestimmten Teil des Platzes vor dem Rathaus für die Demonstranten freigegeben hat und diesen nachher mit Waffengewalt säubern ließ. (Hört, hört! b. d. Komm.) Einwandfreie Zeugen haben die Richtigkeit dieser Darstellung zugegeben. Nicht einmal der Polizeipräsident Richter wagt sie zu bestreiten, und doch besitzen die bürgerlichen Zeitungen die Frechheit, von der „Erstürmung des Rathauses" zu lügen. Er hat auch zugeben müssen, daß der Kommandeur vor dem Rathaus entgegen seiner Aufforderung, die Zurücknahme der Truppen verweigert hat. Mit den Worten:

„Ich, der Schupooffizier, trage die Verantwortung. Die Truppen bleiben solange hier, bis die Massen sich verlaufen haben."

Da muß man sich denn doch fragen, wer in Berlin maßgebend ist, die Offiziersklamarilla oder der Polizeipräsident? Herr Minister Severing, geben Sie dem Polizeipräsidenten Richter wegen wiederholt bewiesener Unfähigkeit eine andere Beschäftigung, ehe er noch größeres Unheil anrichtet! (Sehr gut! b. d. Komm.) Wir verlangen, daß die Schutzpolizei endlich aufhört, ein Tummelplatz für reaktionäre und sadistische Gelüste von Offizieren zum Schaden der Arbeiter zu sein. (Sehr richtig! links.) **Die Verbrechergesellschaft, die Liebknecht und Rosa Luxemburg, Jogisches und Sult, sowie andere Arbeiterführer auf dem Gewissen hat, muß endlich kaltgestellt werden.** (Sehr richtig! links.) Und die sogen. „Instruktionen", **auf die man sich immer beruft, wenn Morde oder andere Blut**taten gerechtfertigt werden sollen vor der Oeffentlichkeit, haben endlich zu verschwinden.

Der Polizeipräsident Richter erwartet von der Berliner Arbeiterschaft, daß sie dem Zusammenstoß am Rathaus keine größere Bedeutung beimißt. Daß die Berliner Arbeiter ganz anderer Meinung sind, ergibt sich aus der Antwort, die sie den Provokateuren und denen, die ihre Taten dulden und unterstützen, mit dem 24stündigen Proteststreik heute gegeben haben. Sie haben einmütig kundgetan, daß die Zeit der Zersplitterung durch die wirtschaftsfriedliche Politik ein Ende hat, daß die

Einheitsfront hergestellt

ist, damit sich das Proletariat wehren kann, gegen die verschärfte Ausbeutung. Gegenüber diesem Schutzwall wird die Technische Nothilfe, das Schoßkind, das sie aufgepäpelt haben, verlagen. Diese Macht wird auch die Frechheiten der reaktionären Offiziersklamarilla bald zu Ende bringen. Und wenn der Minister Severing **als Mitglied einer Arbeiterpartei, die an der Einheitsfront mit beteiligt ist,** diese Bestrebungen nicht unterstützt, **dann wird er sehr bald erledigt sein.** (Lebhafter Beifall b. d. Komm.)

Der unabhängige Antrag wurde von Rabold begründet. Die Anmaßungen der Berliner Reaktionäre vertrat in der bekannten provozierenden Weise der deutschnationale Pastor Koch.

Was der Angeklagte

Minister Severing

zu seiner Rechtfertigung dann vortrug, mutete mehr wie ein geschickt inszeniertes Theaterspiel als eine aufrichtige Rechtfertigung an. Wie kann er z. B. in einem Atemzuge von „Ruhestörern" gewesen wären; von den „Menschen, die das Rathaus belagert hätten". Wie geringschätzig spricht der sozialdemokratische Polizeiminister doch von den Berliner Arbeitern, wenn er meint, über den Vorschlag der Deutschnationalen zur Einführung der Bannmeile auch für das Rathaus ließe sich reden. Man könne ihn ablehnen, aber auch „annehmen, um alle parlamentarischen Körperschaften vom Einfluß der Straße zu befreien".

Wie faul es in der Schutzpolizei aussieht, deren provokatorische Maßnahmen der Sozialdemokrat Severing noch immer zu verteidigen wagt, mußte er selbst zugeben, als er auf die von Rabold berührten Vorkommnisse in Potsdam zu sprechen kam und zugeben mußte, daß der Polizeihauptmann Bauer allerdings der Meinung gewesen wäre,

„es sei die höchste Pflicht der Schutzpolizei, das Eigentum der Hohenzollern in Schutz zu nehmen".

Die Debatte begann der Volksparteiler v. Eynern. Waren seine Worte auch glatt wie Oel, so waren sie nichtsdestoweniger von dem scharfmacherischen Geiste erfüllt, den die Politik seiner Partei kennzeichnet.

Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt.

*

Die politischen Erörterungen über die Polizeiblutbad am Rathaus wurden trotz des kommunistischen Einspruchs von der Mehrheit unterbrochen durch die Abstimmungen über die Etats der Gestüts- und Domänenverwaltung. Mit ihrem zahlenmäßigen Uebergewicht stimmten die bürgerlichen Parteien, oftmals verstärkt durch die Rechtssozialisten, alle sozialen Forderungen und Anregungen der Unabhängigen und Kommunisten nieder.

Der Proteststreik in Berlin

Geschlossen zu Ende geführt

Berlin, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Proteststreik ist größter Geschlossenheit zu Ende geführt worden. Heute morgen ist verabredungsgemäß in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Wie jetzt erst bekannt wird, hatte der Streik der kommunalen Arbeiter Berlins auch auf die Privatindustrie übergegriffen. Wie die „Freiheit" meldet, geht die Zahl der Protestresolutionen bereits in die Tausende.

Der „Vorwärts" setzt seine Kommunistenhetze fort. In einem Leitartikel bezeichnet er den wohlbegründeten Proteststreik der Berliner Gemeindearbeiter als eine Frucht kommunistischer Hetze. Nachdem das Blatt zu feige war, am gestrigen Streiktage selbst etwas gegen den Streik zu sagen, kommt es heute zur gemeinsamen Hetze mit den Bürgerlichen.

Rußland und der Friedensvertrag von Versailles

Genua, 3. Mai. Eine offizielle Erklärung der russischen Delegation in Genua behauptet, daß die von dem Pariser „Oeuvre" und anderen Blättern veröffentlichte Meldung, nach der Tschitscherin in einer Unterredung mit Benesch, dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, von der Eventualität einer Anerkennung des Vertrages von Versailles gesprochen habe, vollständig aus der Luft gegriffen sei.

Der Geist von Versailles geht um

Das Diktat von Genua

Jahrelang stöhnt die Arbeiterklasse des größten Teiles der Welt unter den Folgen des imperialistischen Gewaltfriedens von Versailles. Arbeitslosigkeit, körperliche und geistige Verelendung, ungeheures Ansteigen der Tuberkulose und der Kindersterblichkeit kennzeichnen seine Spuren. Die Last der Reparationszahlungen drückt das ganze deutsche werktätige Volk zu Boden. Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Verfalltage des Ultimatums der Reparations-Kommission, welches neue schwere Steuern bringen wird, die von der Bourgeoisie mit bewährtem Geschick auf die Schultern des arbeitenden Volkes übermälzt werden. Wie ein Keulenhieb muß in dieser Situation die Arbeiterklasse der ganzen Welt und die deutsche Arbeiterschaft insbesondere das ungeheuerliche Diktat treffen, das imperialistische Kapitalistenfrechheit der russischen Delegation in Genua vorzulegen wagt. Es ist dies eine offensichtliche Provokation nicht nur Sowjet-Rußlands, sondern der Arbeiterschaft der ganzen Welt. Seine strikte Durchführung müßte nicht nur das russische Volk in den Zustand absoluter Hörigkeit vom Ententekapital bringen, sondern auch die Industriekrise im Westen verschärfen, da Sowjet-Rußland bei Einsetzung von Zahlungen, die Form und der Termin sind gleichgültig, ohne gleichzeitige, die Schuldenzahlungen wesentlich übersteigende Kredite (Investitions- und Warenkredite) finanziell derart geschwächt wäre, daß es als Absatzgebiet kaum in Betracht käme. Während die Sowjetdelegation offen erklärte, daß sie als Voraussetzung für die Uebernahme von irgendwie gearteten Zahlungsverpflichtungen Kredite in der Höhe von etwa fünf Milliarden Goldrubel auf die Dauer von fünf Jahren fordere, spricht das Memorandum grundsätzlich gar nichts von solchen. Die Preßäußerungen der Ententegewaltigen sprechen von 50 bis 100 Millionen Pfund, mit denen man Rußland „aufbauen" will. In den Köpfen der französischen und auch englischen Kapitalisten spukt noch der Geist von Versailles. Sie glauben, an Rußland deutsche Reparationsmethoden erproben zu können. Von einer Annahme des Memorandums kann keine Rede sein. Die Herren werden noch sehr viel Wasser in ihren Wein schütten müssen, wenn sie ihre Geschäfte mit Rußland werden machen wollen.

Der Sekretär der russischen Delegation, Worowski, erklärt, daß

„die russische Delegation, wenn sie auch nur mit größter Entrüstung von dem Inhalt des Memorandums Kenntnis genommen habe, keinesfalls ein Scheitern der Konferenz wünsche und alles, was ihr möglich ist, tun wolle, um einen befriedigenden Abschluß der Konferenzarbeiten herbeizuführen. Das Memorandum schlage aber dieser entgegenkommenden Haltung der russischen Delegation geradezu ins Gesicht. Es stellt in Wirklichkeit eine flagrante Verletzung der Rußland bereits gegebenen Zusicherungen dar. Alle jene Vorschläge, die von Tschitscherin in seinem Brief an Lloyd George als Basis der Verhandlungen gemacht wurden, sind zurückgewiesen worden. **Das Prinzip der Gleichberechtigung wird in jeder Hinsicht mißachtet.** Es müsse festgestellt werden, daß das Memorandum alle russischen Gegenforderungen, insbesondere die Forderung auf den Ersatz der Rußland durch die gegenrevolutionären Interventionen zugefügten Schäden, **ganz außer acht läßt,** und auch die Frage der Gewährung von Krediten von Regierung an Regierung überhaupt nicht erwähnt."

Die größten Gegensätze müssen aus dem Artikel VI des Memorandums, das die Eigentumsverhältnisse der Ausländer in Sowjet-Rußland regeln will, entstehen. Die Sowjetregierung kann weder bereits nationalisierte Fabriken, Gruben und Güter an ihre ehemaligen ausländischen Besitzer zurückgeben, noch sich verpflichten, diesen in jedem Falle das Pachtrecht vorzubehalten.

Obwohl man die Sowjetregierung de jure nicht anerkennt, will man ihr politische Bedingungen auferlegen. Es wird nicht mehr verlangt, als daß die Sowjetregierung sich verpflichtet, „auf ihrem eigenen Gebiet jeglichen Versuch der Unterstützung revolutionärer Bewegungen in anderen Staaten zu unterdrücken. Die russische Sowjetregierung soll ihren ganzen Einfluß verwenden, um bei der Wiederherstellung des Friedens in Kleinasien mitzuhelfen und sie wird eine Haltung strikter Neutralität den Kriegführenden gegenüber einnehmen." Wenn man in Betracht zieht, daß die Ententeländer, insbesondere Frankreich, die Brutstätten jeder russischen konterrevolutionären Bewegung, waren und bis heute noch sind, daß Denikin, Koltschak, Wrangel und alle anderen konterrevolutionären Banditen Kostkinder der Entente gewesen sind, kann man den politischen Zynismus dieser Forderung richtig ermessen. Für absolut unsinnig wird auch auf russischer Seite die Forderung erklärt, daß die russische Regierung nicht nur gegenüber den kriegführenden Staaten Kleinasiens strengste Neutralität üben, sondern auch alles tun solle, was in ihren Kräften steht, um die „Restitution des Friedens" in Kleinasien, womit nur die Wiederherstellung der Vorkriegszustände gemeint sein kann, herbeizuführen. Die Entente verlangt also, daß Sowjet-Rußland an den Vorgängen in Kleinasien, die unmittelbare

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220505-11/fragment/page=0001

Lebensinteressen der russischen Republik berühren, sich desinteressiert erklären soll. Gerade diese Forderung beleuchtet grell das hinterhältige Spiel der Ententediplomatie. Gerade jetzt tobt die englische Presse über den Vertrag, den die italienische Regierung mit der revolutionären Angoraregierung abgeschlossen hat. Das Londoner Abkommen der Entente über die Kemalisten war schon vor Monaten ein Fetzen Papier, da Frankreich es durchbrach, indem es als ersten Staat mit Kemal einen Sondervertrag schloß! In Kleinasien tobt ein wütender Kampf zwischen den „Verbündeten" um dies Vorrecht der Ausbeutung der kleinasiatischen Naturreichtümer. Und Sowjet-Rußland, zu dem alle unterdrückten Völker Asiens als einzige Gewähr gegen die hemmungslose Ausbeutungslust der Ententekapitalisten aufblicken, soll sich verpflichten, mit verschränkten Armen zuzusehen.

Nach Versailles, London, San Remo, Boulogne, Washington, hat Genua den erneuten Beweis erbracht, daß die herrschenden Klassen unfähig sind, Ordnung in das Weltchaos zu bringen. Die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sind zu groß geworden, um sie innerhalb ihres eigenen Rahmens lösen zu können. Das Proletariat muß diesen Rahmen sprengen. Es muß jetzt auf den Plan treten. Der Arbeiter-Weltkongreß kann dieses Sprungbrett werden. Der weltbourgeoise Kongreß liegt im Verrecken. **Alle Kräfte des Proletariats für den Weltkongreß der Arbeiter!**

Sofortige Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses

Die Einheitsfront von unten auf

An die Adresse der Neunerkommission der drei Exekutiven gingen folgende Beschlüsse ab:

Die heutige Betriebsversammlung der Firma Meyer Kauffmann, Baumwollspinnerei in Halle, beantragt bei der Neunerkommission der drei Internationalen die sofortige Einberufung eines Arbeiter-Weltkongresses, um der kapitalistischen Offensive entgegenzutreten.

Karl Kaufhold (KPD.). Franz Menz (KPD.).
Otto Sauer (Parteilos).

*

Die Kreistagsfraktionen der SPD., USPD. und KPD. des Kreistages Sangerhausen fordern von der Neunerkommission der drei Exekutiven in Anbetracht der für das Weltproletariat aufs äußerste bedrängten wirtschaftlichen und politischen Situation, die zur schärfsten und fast unhaltbaren Krise für das internationale Proletariat geworden ist, die sofortige Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses. Die Herstellung der kämpfenden Einheitsfront gegen den auf Kosten des Proletariats Machtposition um Machtposition erringenden Weltkapitalismus ist die unerläßlichste Pflicht der Neunerkommission.

SPD.-Fraktion, gez. Troll. USPD.-Fraktion, gez. Hühnerbein.
KPD.-Fraktion, gez. Riese.

*

Die am 1. Mai 1922 versammelten Männer und Frauen appellieren an die Neunerkommission dringend, den Arbeiter-Weltkongreß sofort zusammenzubernfen.

Gegen die Pläne und Taten des Weltkapitalismus, die auf die völlige Versklavung und Ausbeutung des Weltproletariats, insbesondere des deutschen und russischen Proletariats gerichtet sind, muß die aktive Gegenwehr der Arbeiterschaft der ganzen Welt sofort mobilisiert werden.

Die Versammelten richten auch den dringenden Appell an die Tagung der drei Internationalen, für die Freilassung der politischen Gefangenen, die wegen revolutionärer Kämpfe in den kapitalistischen Ländern, in den Zuchthäusern und Gefängnissen schmachten, sich mit aller Macht einzusetzen.

Vorstehende Resolution wurde in Torgau und Dommitzsch unter gemeinsamer Beteiligung aller drei Parteien (SPD., USPD. und KPD.) einstimmig in der Maifeier-Versammlung angenommen.

Sabotage

In seinem gestrigen Abendblatt bringt der „Vorwärts" folgende Nachricht:

Der Parteivorstand hat in einem Telegramm nach London die Einberufung einer Sitzung des Exekutivkomitees der 2. Internationale unter Hinzuziehung von Vertretern aller angeschlossenen Sektionen beantragt, die sich **mit der Frage der Entsendung von Mitgliedern der 2. Internationale in die Neunerkommission der drei Internationalen beschäftigen soll.**

Bekanntlich hat Friedrich Adler die Exekutiven der drei Internationalen nach Düsseldorf eingeladen. Diese Einladung **erscheint als voreilig,** da der Verlauf der Berliner Konferenz gezeigt hat, wie wenig bisher die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenwirken gegeben sind. Selbst die dürftigen Zugeständnisse, die die Vertreter der 3. Internationale im Interesse eines gemeinsamen Vorgehens gemacht haben, werden von Moskau aus lebhaft bestritten. Darum hält der Parteivorstand eine vorbereitende Beratung des Exekutivkomitees der 2. Internationale für unerläßlich.

Diese Stellungnahme ist auch nichts anderes als offene Sabotage der Beschlüsse der drei Exekutiven.

Die Berliner Konferenz hat beschlossen, den Weltkongreß des Proletariats in kürzester Zeit einzuberufen. Die Vorbereitungen dafür sind in die Hände der Neunerkommission gelegt worden, die unverzüglich zusammentreten sollte. Die Delegation der Kommunistischen Internationale verlangte ihre Einberufung bereits am 23. April. Friedrich Adler rief sie für den 5. Mai ein. Dann wurde sie auf den 7. Mai verlegt. Die Delegierten für die Neunerkommission standen bereits auf der Berliner Konferenz; für die 2. Internationale sollte Macdonald teilnehmen.

Jetzt kommt die Mitteilung der 2. Internationale. Sie weiß als Begründung für die Verzögerung nichts anzugeben. Sie verschweigt die Tatsache, daß ihr Einwand gegen die Einberufung des Weltkongresses auf der Berliner Konferenz sich nur auf den Monat April bezogen hat. Jetzt haben wir bereits Anfang Mai, und anstatt einer klaren Stellungnahme ein offenkundiges Verzögerungsmanöver.

Die 2. Internationale sucht, das kann nicht mehr zweifelhaft sein, mit allen Mitteln die Einberufung des Welt-Arbeiterkongresses während der Genua-Tagung zu verhindern. Den Räubern in Genua soll nichts entgegengestellt werden. Der Segen des Versailler Vertrages soll dem deutschen Proletariat gewahrt bleiben, Sowjet-Rußland der Entente überlassen werden.

Durch dieses Vorgehen wird unsere Delegation vor eine neue Lage gestellt sein. Die Zugeständnisse, die sie gemacht hat, waren gegeben unter der Voraussetzung einer unverzüglichen Einberufung des Weltkongresses. Fällt die Sitzung der Neunerkommission aus und wird die Abhaltung des Kongresses in weite Ferne gerückt, dann müßte die Sowjetregierung idiotisch sein, wenn sie einseitig einen Vertrag erfüllen wollte, den die andere Seite zerreißt.

Das Wort hat jetzt die Arbeiterschaft!

Vandervelde und Rosenfeld

Neben Vandervelde und dem italienischen Reformisten Modigliani haben Kurt Rosenfeld und Theodor Liebknecht sich als Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre angestellt. Beide stehen auf dem linken Flügel der USPD. Sie haben beide um die Verteidigung angeklagter revolutionärer Arbeiter in Deutschland sich manche Verdienste erworben. Sie mögen im Drang nach „absoluter" Gerechtigkeit diesen Schritt getan haben. Er macht ihrem guten pazifistischen Herzen alle Ehre, aber er widerspricht ehrlicher, proletarischer Politik.

Vandervelde und Modigliani, die Sozialpatrioten und Reformisten, haben ihre bestimmte Rolle als Agenten der Gegenrevolution. Sie erfüllen sie, wenn sie die angeklagten Gegenrevolutionäre, Fleisch von ihrem Fleisch, verteidigen. Kurt Rosenfeld und Theodor Liebknecht aber wollen auf der Seite des revolutionären Proletariats stehen. Sie geben diese Stellung preis, wenn sie zusammen mit den Vandervelde und Co. sich gegen die russische Revolution wenden. Denn die angeklagten Sozialrevolutionäre sind Feinde des russischen revolutionären Proletariats. Sie mit Vandervelde zusammen zu verteidigen, wo Vandervelde im Auftrage der Gegenrevolution diese Verteidigung für sich gefordert hat, heißt sich auf die Seite der Feinde der russischen Revolution stellen.

Ihr Sozialpazifismus, ihr Abschen vor dem russischen „Terror" führt Kurt Rosenfeld und Theodor Liebknecht zwangläufig in das Lager der Gegenrevolution.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter

Herr Richter, Metallarbeiter, Sozialdemokrat und Berliner Polizeipräsident, ist der willenlose Spielball in den Händen seiner monarchistischen Offiziere und seiner gegenrevolutionären Spitzel der Abteilung Ia. Die ordengeschmückten Hauptleute von Bernuth und Wecke kümmerten sich den Teufel um Herrn Richters Anordnungen, als sie vor dem Berliner Rathaus den Befehl zum Einhauen auf die Berliner städtischen Arbeiter gaben. Die Abteilung Ia kümmert sich den Teufel um Recht und Gesetz, das der Sozialdemokrat Richter als Polizeipräsident zu schützen berufen ist, wenn es sich um den Spitzelkampf gegen die Kommunisten handelt. Am Sonnabend haben die Kriminalbeamten der Abteilung Ia aus einer Konferenz Berliner Funktionärinnen eine Genossin nach dem Polizeipräsidium geschleppt, nur um ihre Personalien feststellen. Kein Gesetz, keine Vorschrift gibt ihnen das Recht dazu.

Herr Richter aber schweigt und duldet die frechen Uebergriffe seiner Untergebenen.

Es ist an der Zeit, daß die Arbeiterschaft die Herrschaft des Herrn Richter nicht länger duldet. Das Ansehen des Sozialismus ist von dieser Sorte Sozialdemokraten schon genug in den Schmutz getreten worden.

Die Studentenprovokation in Leipzig

Die kommunistische Landtagsfraktion Sachsens stellte an die Regierung folgende Anfrage:

Bei der Mai-Demonstration auf dem Augustusplatze in Leipzig ist kurz vor dem Beginn der Ansprachen von Studenten die auf der Universität wehende Reichsflagge eingezogen und an ihrer Stelle die Universitätsfahne auf Halbmast gesetzt worden.

Diese offensichtliche Provokation bewirkte ganz natürlich unter der versammelten Arbeiterschaft eine ungeheure Empörung, die schließlich dazu führte, daß eine entschlossene Gruppe von ungefähr 15 Mann das Dach der Universität erstieg und die Universitätsflagge herunterholte.

Nach Zurückkehren dieser Gruppe in den Universitätshof, in welchen sich infolge des Gerüchts, die Besteiger des Daches seien von der Polizei geschlagen und verhaftet worden, mittlerweile weitere Demonstranten Zutritt zu verschaffen versucht hatten, ist es zwischen den Letzteren und der Polizei zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen.

Dieser wurde dadurch hervorgerufen, daß auf Befehl des Schupohauptmanns Schrener ein Teil der Polizeibeamten mit gezogenen Seitenwaffen ganz sinnlos auf die Demonstranten einschlug, während der größte Teil der Beamten Zurückhaltung übte.

Der unverantwortliche Waffengebrauch gegen die unbewaffneten Demonstranten hatte zur Folge, daß ungefähr 18 Arbeiter und Arbeiterinnen teilweise sehr schwer verletzt wurden, während nach den Schwindelmeldungen der bürgerlichen Presse keinem Demonstranten ein Haar gekrümmt wäre.

Nach unseren Feststellungen ist die ungefähr 100 Mann starke Polizeitruppe **schon vor Beginn der Demonstration in der Universität zusammengezogen,** also trotz der gesetzmäßigen Form der Maifeier gegen die Arbeiterschaft bereit gehalten worden.

Wir fragen die Regierung:

Waren ihr die provokatorischen Vorbereitungen des Leipziger Polizeidirektors gegen die Demonstranten bekannt?

Will sie gegen den Hauptmann Schrener **sofort ein Verfahren mit dem Ziel der strengen Bestrafung und Dienstentlassung einleiten?**

Gedenkt sie auf die Stadt Leipzig einzuwirken in dem Sinne, daß gegen den Polizeidirektor Kubitz, der sich zu wiederholten Malen für seinen Posten als ungeeignet erwiesen hat, **ein Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung eingeleitet wird?**

Was hat sie ferner getan zur Ermittlung und Bestrafung der schuldigen Polizeibeamten?

Welche Schritte hat sie unternommen, um die schuldigen Studenten zu ermitteln und der Bestrafung zuzuführen?

Dresden, den 3. Mai 1922.

Die Braunschweiger Regierung gestürzt

Der frühere unabhängige Ministerpräsident von Braunschweig, Sepp Oerter, der bekanntlich seinen Posten verlassen mußte und aus der unabhängigen Partei ausgeschlossen wurde wegen der bekannten schmutzigen Bestechungsaffäre, hat nach seiner Entlarvung nicht geruht, um auch andere unabhängige Mitglieder der braunschweigischen Regierung zu verdächtigen. Ein **parlamentarischer Untersuchungsausschuß** mußte gegen die Beschuldigten eingesetzt werden.

Auf Grund dieser Affäre kam es in Braunschweig zu einer **Regierungskrise.** Anläßlich der Aussprache über den Bericht des Untersuchungsausschusses beantragte der Abgeordnete Käfer vom Landeswahlverband, der Landtag möge beschließen: **Hat das Ministerium noch das Vertrauen des Landtages?** Bei der namentlichen Abstimmung wurde das **Vertrauensvotum für das Staatsministerium** mit 30 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Die **bürgerliche Presse jubelt** natürlich über den Sturz **der verhaßten sozialistischen Regierung in Braunschweig.** So scharf selbstverständlich die Verfehlungen eines Oerter zu verurteilen sind, so muß man auf der anderen Seite feststellen, daß die bürgerliche Gesellschaft im Fall Hermes durchaus nicht die Moral hervorkehrte, sondern im Gegenteil es völlig für richtig hält, daß sich dieser Finanzminister von Gnaden Stinnes halten läßt.

Die Arbeiterschaft von Braunschweig darf sich durch die geschickte Ausnutzung der persönlichen Verfehlungen des Oerter nicht irreführen lassen. Sie muß der Hetze des Bürgertums dadurch begegnen, daß sie nun erst recht alle Kräfte anspannt, um sich eine **Arbeiterregierung zu erkämpfen, die wirklich im Interesse des Proletariats zu arbeiten fähig ist.**

Eine interessante Feststellung

Die Fachgewerkschaft der deutschen Eisenbahnfachbeamten und Anwärter (E. V.) teilt mit:

Die Mitteilung, nach welcher der Vorsitzende der Fachgewerkschaft 2, Howe, das Verbleiben seiner, einen großen Teil der Fahrbeamten (Schaffner, Oberschaffner, Zugführer) umfassenden Fachgewerkschaft in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter davon abhängig gemacht hat, daß die beiden Führer Menne und Scharfschwerdt von ihrem Posten zurücktreten, ist in allen ihren Teilen unrichtig. Howe hat keine derartige oder ähnliche Erklärung abgegeben.

Zur Kritik der Maidemonstrationen

Von Iwan Durak

Wir machen unsere Leser auf die folgenden Ausführungen ganz besonders aufmerksam. Sie entsprechen vollkommen unserer Ansicht, wenn sie auf die Gefahren einer falsch verstandenen Einheitsparole hinweisen.
D. Red.

Wir haben am 1. Mai sehr große gemeinsame Demonstrationen gehabt. Häufig demonstrierten die Arbeiter aller Parteien zusammen und gewaltige Menschenmengen kamen zusammen, hörten sich ein Musikstück an, einen Chorgesang, einige wohltemperierte Reden und gingen auseinander. Bisweilen sah man sogar groteske Bilder. So wenn in Berlin etwa SPD.-Leute zur Maidemonstration mit schwarzrotgelben Fahnen kamen, also mit den Fahnen der Stinnesrepublik, und demonstrierten für .....?

Die Demonstrationen standen überall im Zeichen der Einheitsfront. Aber diese Parole übt auf viele Arbeiter eine schlechte Wirkung aus. Und gerade aus Anlaß der wohlgelungenen Demonstrationen muß man sich klar werden über alle Schattierungen in den Auffassungen der Einheitsfront.

Zuvorderst sei festgestellt, daß der Gedanke der Einheitsfront in den proletarischen Massen lebendig ist. Er ist nicht „hineingeworfen" worden, er ist von niemandem „erfunden" worden; er ist urwüchsig entstanden; er ist ein gesunder Ausdruck des Klasseninstinktes, der den Arbeitern sagt, daß der Front der Kapitalisten die Front der Arbeiterschaft entgegengestellt werden muß.

Aber die Arbeiterschaft lenkt diesen gesunden Klasseninstinkt häufig in ungesunde Bahnen. Der Einheitsfrontgedanke ist geweckt durch die gegenwärtige Not. Breite Massen stellen aber über diese richtige Eingebung die folgende Ueberlegung an: Wir, das Proletariat, sind schwach; die Bourgeoisie ist stark. Wir sind zerspalten in mehrere Parteien; darum stammt unsere Schwäche. Wenn wir uns jetzt zusammenschließen, und nur dann werden wir stark genug sein, dem Angriff des Kapitals zu widerstehen.

Was ist an diesem Gedankengang richtig, was falsch? Richtig ist nur das, was der Klasseninstinkt sagt: daß das Proletariat sich zusammenschließen muß. Falsch alles übrige; falsch die bewußt oder unbewußt gemachte Annahme, als sei die Zerspaltung in Parteien eine künstliche, gemachte Sache (und nicht ein historischer, notwendiger Prozeß); falsch die Vorstellung, daß das Proletariat sich parteimäßig-organisatorisch zusammenschließen müsse, um stark zu sein; falsch das Gefühl, als ob durch solchen mechanischen Zusammenschluß die Arbeiterklasse „stark" würde.

Die Parteien haben sich gebildet infolge der Differenzierung der Arbeiterklasse. Und wie weit diese Differenzierung gediehen ist, sieht man schon äußerlich an dem unter anderen Umständen gewiß nebensächlichen Umstand, daß die SPD. es wagen kann, bei einer proletarischen Demonstration mit schwarzrotgelben Fahnen zu erscheinen. Die Losung der „Volksverbrüderung" im Augenblick der Genueser Konferenz und des Scheinpazifismus der unruhigen Imperialisten zeigt daneben die ideologische Verwirrung. Hier, trotz aller Gemeinsamkeit, unsere undemokratischen, unpazifistischen, unsentimentalen Losungen laut und deutlich zu propagieren, ist eine der vornehmsten Aufgaben der Kommunisten.

Die zweite Illusion, als müsse sich das Proletariat erst parteimäßig zusammenschließen, bevor es aktionsfähig sei, ist eine gefährliche Illusion. Sie ist eine schädliche Illusion: denn sie hindert den wirklichen Zusammenschluß im Kampfe um die Ziele, um deretwillen der Klasseninstinkt der Arbeiterklasse die Einheitsfront fordert.

Gerade deshalb schiebt die Sozialdemokratie diese Illusion in den Vordergrund. Sie soll die Einheitsfront des Kampfes verhindern: solange noch Parteiunterschiede bestehen, so sagen sie, solange gibt es eben keine Einheitsfront. Und nun ziehen sie die erste Illusion bei den Haaren herbei, als ob nämlich irgendwelche bösartige Sadisten die Arbeiterorganisationen zerspalten hätten, und haben so ein bequemes Feld für die Diskussion einer völlig blödsinnigen „Schuldfrage", anstatt die Tagesforderungen zu diskutieren und die Erreichung der Tagesziele vorzubereiten.

Die dritte Illusion wird ebenfalls von unseren geschickten Gegnern genährt; jawohl, der Drang der Arbeiter zur Einheitsfront ist groß. Sie kommen zusammen. In großen Massen demonstrieren sie. Und die Sozialdemokraten werden alle Walzen spielen lassen. Sie werden sagen: ihr habt's erreicht; ihr seid stark, weil geschlossen. Und im selben Atem werden sie sagen: ihr seid schwach, weil noch nicht in einer Partei geschlossen.

Und sie werden zweimal bewußt lügen. Denn die Tatsache einer gemeinsamen Demonstration beweist vorläufig nichts mehr, als daß solche Einigung möglich ist, und es ist ein Verbrechen am Proletariat (das die Sozialdemokraten nach den Erzbegerdemonstrationen bewußt begingen), die Energie des Proletariats durch Lobeshymnen über — Demonstrationen verpuffen zu lassen. Und dann ist es ein Unsinn, zu behaupten, erst wenn das Proletariat in einer Partei organisiert ist, sei es stark und aktionsfähig.

Diese Gefahren müssen wir nicht nur begreifen, sondern allen Arbeitern klarzumachen suchen. Unsere Taktik kann keine andere sein, als die der Einheitsfront. Aber unsere Einheitsfront ist nicht die, welche die Sozialdemokraten meinen. Deshalb müssen wir von vornherein unseren einfachen Losungen den organisatorischen Charakter nehmen: wenn wir z. B. heute den Weltkongreß der Arbeiter fordern, so nicht um seiner selbst willen, sondern weil er bestimmte politische Aufgaben lösen muß. Wenn wir zum Gewerkschaftskongreß zusammen mit der USPD. gegen die SPD. gehen, so nicht aus Liebe zur USPD. und nicht aus Vertrauen zu ihr, auch nicht aus organisatorischer Freude an Blockverhältnissen, sondern um bestimmte Ziele in Leipzig zu erreichen. Wenn wir am 1. Mai mit SPD. und USPD. zusammen demonstrierten, so nicht um des Vergnügens willen, schwarzrotgelbe Fahnen und die kindliche Losung der „Völkerverbrüderung zu sehen: wir wollten mit den Arbeitermassen gehen, ihnen unsere Losungen sagen, sie zum Kampf auffordern.

Und deshalb dürfen wir nicht nur, nein, müssen wir die „prächtig gelungenen" Demonstrationen schonungslos kritisieren: waren sie nicht ein Kampfanfang und eine Kampfansage, selbst unbewußt nicht, so waren sie — ein Spaziergang mehr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220505-11/fragment/page=0002

Die Justiz schützt die Arbeitermörder

Neues Material zur Erschießung Mosenhauers

In der Zeitschrift „Die Glocke" behandelt der Landtagsabgeordnete Kuttner den Fall des im März vorigen Jahres durch die Sipo erschossenen Amtsvorstehers Mosenhauer von Osmünde. Bekanntlich war damals ein Sipomann namens Böhm festgestellt worden, der Mosenhauer erschossen hatte und der dann vor dem Hallischen Schwurgericht bezeichnenderweise freigesprochen worden ist. Böhm hat selbst eingestanden, daß er auf Mosenhauer geschossen habe; trotzdem wurde er aber nicht etwa verurteilt, sondern das Schwurgericht sprach ihn frei. Natürlich, er hatte ja nur einen Kommunisten erschossen; Kommunisten waren damals vogelfrei. Der Fall ist derart empörend, daß es notwendig erscheint, die Feststellungen Kuttners der breitesten Oeffentlichkeit bekanntzugeben. Wir bemerken aber gleich vornherein, daß wir bereits im vorigen Jahre gleich nach dem Erscheinen der an Stelle des verbotenen „Klassenkampf" erschienenen „Tribüne" mehrmals zum Mord an Mosenhauer Stellung nahmen und die Verurteilung der oder des Mörders forderten. Schon damals stand es fest, daß unser Genosse meuchlings erschossen worden ist. Erst nach langer Zeit wurde, da man nicht anders konnte, eine Klage gegen den Täter Böhm konstruiert; mit welchem Erfolg, haben wir gesehen. Die Weiße Justiz triumphierte; dem reaktionären Mörder ist kein Haar gekrümmt worden.

Der Verfasser schreibt in seinem Artikel:

Während des mitteldeutschen Märzaufstandes von 1921 hatten die Merseburger Polizeihundertschaften — es war dies am 31. März — den Auftrag, den Ort Gröbers zu nehmen. Sie kamen jedoch zu spät, da der Ort bereits von anderen Truppen besetzt war. Den Hundertschaften wurden darauf die Leichen der verstümmelten Beamten gezeigt, die bei Gröbers gefallen waren. Offenbar sollte dies den Kampfmut der Truppe heben, in Wirklichkeit wurden die erregten Leute dadurch nur zu Grausamkeiten und Morden aufgestachelt. Zu diesen Morden gehört auch die Erschießung des Amtsvorstehers Mosenhaner von Osmünde durch den Wachtmeister Böhm. In der Gerichtsverhandlung redete sich der Angeklagte natürlich auf den berühmten „Fluchtversuch" heraus und wurde glatt freigesprochen.

Die Akten lassen nicht den mindesten Zweifel darüber, daß kein Fluchtversuch des Erschossenen vorgelegen hat und daß diese Schutzlüge des Angeklagten leicht zu widerlegen gewesen wäre, wenn die Staatsanwaltschaft auf diese Aufgabe irgendwelche Energie verwendet hätte. In den ersten Stadien des Verfahrens war Böhm nämlich so gut wie geständig. Am 28. April 1921 machte er bei seiner polizeilichen Vernehmung durch den Regierungsrat Dr. Kielhorn (wörtlich nach den Akten) folgende Aussage:

> An dem fraglichen Tage hatte meine Hundertschaft den Befehl, Gröbers zu nehmen. Als wir nach Gröbers kamen, war der Ort bereits von einer anderen Hundertschaft besetzt. Wir sind darauf sofort nach Schkeuditz weitergefahren. Etwa zwei bis drei Kilometer vor Schkeuditz haben wir Halt gemacht. Ich bin dann nach vorn gegangen und habe mir die auf einem Auto liegenden Leichen der bei Gröbers gefallenen Beamten der Technischen Hundertschaft Halle angesehen. Als ich die entsetzlichen Verstümmelungen sah, die an den Leichen vorgenommen waren, geriet ich in große Wut und Aufregung. Als ich zu meiner Hundertschaft zurückging, hörte ich, wie die Beamten noch auf den Bürgermeister von Gröbers schimpften, da er noch die Goldplomben in seiner Tasche gehabt habe, die er dem Hauptmann Maaß herausgerissen hatte. Dies steigerte begreiflicherweise meine Erregung aufs höchste. Als ich daher sah, daß der Bürgermeister von Gröbers, der bis dahin neben dem Gefangenenauto gestanden hatte, übers Feld ging, riß ich einem neben mir stehenden Beamten den Karabiner weg und schoß auf den Bürgermeister in der Annahme, daß er fliehen wolle. Ich habe nicht Halt gerufen. Der Bürgermeister sank nach dem Schuß zu Boden. Ich habe dem Beamten den Karabiner zurückgegeben und mich auf ein Auto zurückbegeben. Ich habe den Bürgermeister nicht in eine Mulde gezogen, sondern mich direkt zu meinem Auto zurückbegeben. Nach einiger Zeit stieg ich wieder ab und begab mich zu dem Bürgermeister zurück, der inzwischen in eine Mulde gelegt worden war. Ich sah, daß der Bürgermeister noch einen zweiten Schuß bekommen hatte. Wer diesen Schuß abgegeben hat, weiß ich nicht. Als ich bei dem Wachtmeister Kietz vorbeikam, sagte mir dieser: „Na, du hast aber schlecht geschossen, er lebte ja noch."
>
> V. g. u.
>
> Rudolf Böhm.

Wer diese eigene Aussage des Angeschuldigten mit einigem psychologischen Verständnis liest, der sieht, daß sie ein Geständnis ist. Freilich fügt der Angeschuldigte, nachdem er die Tat und ihre Motive offenbar richtig geschildert hat, noch das Sätzchen ein: „Ich schoß in der Annahme, daß er fliehen wollte." Aber dieser nachträglichen Begründung widerspricht alles Vorherige. Wenn Böhm geschossen hat, weil er einen Fluchtversuch annahm, warum motiviert er dann seine Tat erst ausführlich mit der Wut und Erregung über den Anblick der verstümmelten Kameraden? Warum geht er darauf ein, daß der von ihm erschossene angebliche Bürgermeister von Gröbers (in Wirklichkeit war es der Amtsvorsteher von Osmünde) noch die Goldplomben eines Ermordeten bei sich gehabt haben soll? — Nebenbei bemerkt: eine Prüfung dieser Behauptung ist nach dem gesamten Aktenbefund auffälligerweise nicht erfolgt. Es wäre doch einer Untersuchung wert gewesen, ob der Erschossene wirklich eine besondere Roheit und Niedertracht an den Gefallenen verübt hatte. Doch findet sich dieser Punkt in der Untersuchung überhaupt nicht wieder. Von andern Zeugen ist er nicht bestätigt. Ich schließe daraus, daß es sich bei den ausgebrochenen Goldplomben entweder um ein „Schützengrabengerücht" handelte oder um eine nachträglich zur Entschuldigung ersonnene Erfindung des Böhm. Vielleicht auch um die Erfindung eines Vorgesetzten, der dadurch die Ermordung des Mosenhauer provozieren wollte.

Jedenfalls läßt der ganze erste Teil der Böhmschen Aussage keinen anderen Schluß zu, als daß er seine Tat mit Zorn und Erregung entschuldigen will. Das wäre natürlich ein Milderungs-, aber kein Strafausschließungsgrund. Um so auffälliger wirkt dann der nachträgliche Satz von der angenommenen Flucht. Daß hier ein schwerer psychologischer Widerspruch klafft, ist ohne weiteres klar.

Er wird verstärkt durch die Aussage des Böhm, daß der „Bürgermeister" über das Feld gegangen sei. Ein Fliehender geht doch nicht, sondern er läuft oder rennt. Man möchte daher zunächst annehmen daß es sich um einen falschen Ausdruck bei der Protokollierung der Böhmschen Aussage handelt. Aber diese Annahme scheitert daran, daß Böhm bei seiner späteren verantwortlichen Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, dem Landrichter Schulze, am 18. Juni 1921 genau das gleiche erklärt hat. In dieser Vernehmung sagt Böhm laut Protokoll:

> Dort (am Gefangenenauto) wurden mir die Mitteilungen über Mosenhauer gemacht. Während ich mit meinem Kollegen sprach, sah ich ihn nach dem Felde zu gehen. Daß er etwa austreten wollte, konnte ich nicht annehmen, weil ich ihn von meinem Platz am Ende der Kolonne aus schon kurz vorher hatte abseits von der Kolonne auf dem Felde stehen sehen. Ich riß in der Annahme, daß er fliehen wollte, dem nächsten neben mir stehenden Schutzpolizeibeamten den Karabiner von der Schulter und schoß hinterher.

Wieder also spricht Böhm ausdrücklich von einer gehenden, nicht etwa laufenden Bewegung des Mosenhauer. Ja, er belastet sich diesmal noch stärker, denn er erzählt, daß Mosenhauer schon einmal vorher allein auf dem Felde gestanden hat.

Was tatsächlich das zweimalige Gehen des Erschossenen zu bedeuten hatte, das hat der Zeuge Unterwachtmeister Artur Lichtenberger vor dem Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags sehr plausibel dargelegt. Nach seiner Aussage wurde

M. absichtlich auf das Feld geschickt, damit man ihn erschießen könne.

Beim ersten Male gingen zufällig einige Telegraphenarbeiter vorbei, deswegen wurde M. wieder zurückgerufen. Erst als die unbequemen Zeugen sich entfernt hatten, schickte man M. das zweite Mal hinaus, und dann fiel der Schuß. Der Zeuge L. hat ausdrücklich bekundet, daß der Erschossene nur sehr zögernd und sich häufig umwendend ging. Er ahnte offenbar, was man mit ihm beabsichtigte. Daraus erklärt sich auch, warum selbst Böhm von einem Laufen des angeblich „Fliehenden" nicht zu reden wagt. Der Zeuge Lichtenberger hat bei seiner Vernehmung vor dem Regierungsrat Kielhorn am 28. April 1921 ausdrücklich ausgesagt:

> Als wir . . . vor Schkeuditz hielten, sah ich vom Auto herab aus einer Entfernung von etwa 50 Meter, daß der Bürgermeister von Gröbers von dem Gefangenenauto weg nach dem Acker zu fortging und kurze Zeit darauf wieder zur Straße zurückkehrte. Unmittelbar darauf ging er wieder nach der Mitte des Feldes zurück und drehte sich mit dem Gesicht nach der Straße zu. In diesem Augenblick fiel ein Schuß, worauf der Bürgermeister zu Boden sank.

Der angeblich Fliehende hat also das Gesicht der Kolonne zugekehrt — für einen Fliehenden eine starke Leistung! — Und dem entspricht auch die Aussage des Unterwachtmeisters Hemp vor dem Regierungsrat Kielhorn, wonach der Erschossene „an der linken Brustseite blutete". Er hat also den Schuß von vorne, nicht von hinten bekommen.

Schließlich wird aber die ganze Situation bis ins Letzte geklärt durch den Ausspruch des Wachtmeisters Kietz, den Böhm in seiner Aussage ausdrücklich registriert und den dieser selber in seiner protokollarischen Aussage vom 28. April 1921 zugibt: **„Na, du hast aber schlecht geschossen er lebte ja noch."**

Böhm hat diesen Ausspruch offenbar angeführt, um zu zeigen, daß M. erst durch einen zweiten Schuß, durch den „Gnadenschuß" eines anderen Beamten, getötet worden sei, in welchem Falle Böhm nur wegen versuchten, nicht vollendeten Totschlags belangt werden konnte. Aber wieder hat Böhm mit dieser Angabe seine eigene Fluchthypothese zerstört. Denn wenn ein Fliehender, der an der Flucht gehindert werden soll, so angeschossen wird, daß er noch lebt, so hat der Schütze gut geschossen, nicht schlecht. Die zynische und verächtliche Wendung, daß Böhm schlecht geschossen habe, weil M. noch lebte, zwingt zu dem Schluß, daß der Zweck seines Schusses nicht die Verhinderung der Flucht, sondern die Tötung des Gefangenen gewesen ist.

Aber selbst wenn man für einen kurzen Augenblick das Märchen vom „Fliehenden" glauben will, so erhebt sich sofort die Frage:

Welche Berechtigung hatte eigentlich Böhm, hinter einem Fliehenden herzuschießen?

Er gehörte, wie wir wissen, nicht etwa zur Bewachungsmannschaft für die Gefangenen, sondern war aus Neugierde vom hintern Ende der Kolonne nach vorn gekommen. Er hatte ja auch nicht einmal einen Karabiner, sondern mußte diesen erst einem andern Kameraden fortnehmen. Sofort fragt jeder Vernünftige: **Warum schoß denn die Bewachungsmannschaft nicht, die für ein etwaiges Entweichen des M. verantwortlich gewesen wäre?** Nur ein einziger von den dutzendweise herumstehenden Schutzpolizeibeamten hat geschossen, das war Böhm, der dienstlich gar nichts mit dem Gefangenen zu tun hatte. Und warum haben die Bewachungsmannschaften den M. in keiner Weise gehindert, sich vom Auto zu entfernen? Warum hat man ihn überhaupt unbehelligt herabsteigen lassen? Einen Fluchtversuch kann man sich doch gar nicht anders vorstellen, als daß sofort alles in wilde Bewegung gerät, den Fliehenden festzuhalten oder irgendwie an der Flucht zu verhindern sucht. Aber keine der Zeugenaussagen bemerkt hiervon ein Wort. Damit fällt nicht nur die ganze Fluchthypothese ins Wasser, sondern es zeigt sich, daß Böhm persönlich weder Recht noch Pflicht hatte, selbst auf einen wirklich Fliehenden zu schießen, denn dies Recht hatten höchstens die Beamten, denen die Bewachung des M. oblag.

Man sollte meinen, daß ein Staatsanwalt, der seiner Aufgabe einigermaßen gewachsen ist, mindestens bei einem der hier aufgezeigten Widersprüche eingehakt hätte. Aber nein! Die ganze weitere Untersuchung zeigte die Gerichtsbehörden in dem ängstlichen Bemühen, von diesen auf der Hand liegenden Dingen nichts zu sehen und nichts zu hören. Kein einziges der aufgenommenen Protokolle enthält eine Frage, die für die Aufklärung dieser Widersprüche zweckdienlich wäre. Und die Krone setzt allem die Anklageschrift des Staatsanwalts auf. Er fertigt unter dem 23. Juni 1921 eine Schrift an, die nichts weiter ist als eine fast wörtliche Wiedergabe der Aussage des Angeklagten, ohne auch nur einen einzigen Widerspruch zu klären, ohne auch nur die Tatsache unvereinbarer Widersprüche hervorzuheben. Die „geistige Arbeit" des Herrn Staatsanwalts bestand im wesentlichen darin, Böhms Aussage vor dem Regierungsrat Kielhorn noch einmal abzuschreiben. Daran, daß ein Gehender für einen Fliehenden gehalten wird, nimmt der Herr Staatsanwalt ebensowenig Anstoß, wie daran, daß ein Fliehender in die linke Brustseite getroffen wird, oder daß Böhm gar kein Recht zum Schießen hatte, da ihm die Bewachung des M. nicht oblag. Will man nicht zu der Annahme kommen, daß dieser Staatsanwalt absichtlich über diese Widersprüche mit Schweigen hinweggegangen ist, so bleibt nur eine Erklärung: nämlich, daß der Staatsanwalt genau wie der Verfasser dieser Zeilen in Böhms eigener Aussage ein vollwertiges Geständnis sieht, dessen schwache Rechtfertigungsversuche sich durch die eigenen Widersprüche entlarven.

Und damit stehen wir vor der Tatsache, daß ein **geständiger Totschläger vom Schwurgericht trotz seines Geständnisses freigesprochen worden ist.** Die Sache kam nämlich erst an das Außerordentliche Gericht. Dieses vertagte den Termin, um noch einige Zeugen zu laden. Inzwischen wurden die Außerordentlichen Gerichte aufgehoben und im ordentlichen Verfahren gelangte die Sache an das Schwurgericht Halle.

Vorsitzender dieses Schwurgerichts war der Landgerichtsdirektor Thorwest, der sich als Vorsitzender eines Außerordentlichen Gerichts durch schärfste Urteile gegen Kommunisten hervorgetan hatte. Von den 12 Geschworenen, die bei der Sache fungierten, gibt das Protokoll merkwürdigerweise nur bei den ersten sechs den Beruf an, und zwar amtierten: ein Regierungsbeamter, ein Gutsbesitzer, ein Buchhalter, ein Fleischermeister, ein Privatmann. Warum das Protokoll bei den sechs anderen Geschworenen die Berufsangabe fortläßt, ist völlig unerfindlich. Jedenfalls zeigen schon die sechs ersten Geschworenen, daß wir es hier mit einer rein bürgerlichen Geschworenenbank zu tun haben — in einer Arbeiterstadt wie Halle, deren Bevölkerung zu 80 Prozent aus Arbeitern bestehen dürfte. Ein Klassengericht, kein Volksgericht. Psychologisch läßt sich der Freispruch des Böhm, der am 31. Oktober 1921 erfolgte, nur dadurch erklären, daß ein großer Teil der Geschworenen mit der Niederschießung des „Kommunistenhundes" innerlich sehr einverstanden war.

Aber ich wälze in diesem Falle nicht alle Schuld auf die Geschworenen. Wenn im Vorverfahren die wesentlichsten Schuldmomente nicht aufgeklärt werden, wenn der Staatsanwalt die lahmen und widerspruchsvollen Ausreden des im Prinzip geständigen Täters vorbehaltlos als Anklageschrift produziert, so darf man sich nicht wundern, wenn ein Fehlspruch herauskommt.

Und deswegen verdient dieses Urteil besonders Interesse, weil die beamteten Gerichtspersonen in solchen Fällen triumphierend verkünden: Es waren ja Laienrichter, die falsch geurteilt haben. Jawohl, Laienrichter, aber keine Volksrichter, und überdies Geschworene, denen durch die ganze Art des Vor- und Ermittelungsverfahrens der Freispruch fast suggeriert war.

Der Leser aber dürfte nach dieser Schilderung ein hinreichendes Bild davon haben, wie heute noch Klassenurteile vorbereitet werden und wie ein Skandal unserer heutigen Justiz in allen Einzelheiten aussieht.

Gebt ihnen die richtige Antwort!

Am kommenden Sonntag werden in einer Anzahl Gewerkschaften die Wahlen zum Reichsgewerkschaftskongreß vorgenommen. Der Reichsgewerkschaftskongreß hat im Vergleich zu den vorhergehenden Kongressen eine um so größere Bedeutung, als er in eine Zeit fällt, in der Kapitalisten aller Länder drauf und dran sind, den Verelendungsprozeß des Proletariats noch zu steigern. Der Leipziger Kongreß der deutschen Gewerkschaften ist die erste Tagung der Gewerkschaften, die nach Genua stattfindet. Der Leipziger Kongreß kann nicht ohne weiteres an Genua vorübergehen. Zugleich fällt er in eine Zeit, in der die Massen des Proletariats stürmisch die Abwehr der Angriffe des Unternehmertums fordern, in der die ausgebeuteten Massen durch ihren Aufmarsch am 1. Mai bekundet haben, daß sie zum geschlossenen Kampfe bereit sind. Der Leipziger Kongreß kann und darf nicht an diesen Tatsachen vorübergehen, wenn er nicht der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung einen tödlichen Stoß versetzen will.

Die Leute, die für die verderbliche Politik seit dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß verantwortlich sind, versuchen durch die Beherrschung des Organisationsapparates und der Gewerkschaftspresse ihre Stellung gegen den immer stärker werdenden Unwillen der Mitglieder mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik zu halten. Die Zeit, in der die Gewerkschaftsblätter schreiben konnten: Der beste Kampf gegen die Kapitalisten ist der Kampf gegen die Kommunisten, ist allerdings vorbei. Aber sie können es nicht unterlassen, ihre Giftpfeile gegen die oppositionellen Gewerkschaftler, gegen die Kommunisten abzuschießen. Der „Proletarier", das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, schreibt in Nr. 16 vom 22. April:

> Nun sollen — nach Trotzki — die Gewerkschaften die Interessen der Lohnarbeiter nach einer einheitlichen politischen Richtlinie vertreten. Diese Richtlinie soll natürlich nicht etwa sozialistisch, sondern sie muß kommunistisch sein, das heißt über dem politischen Streit soll die eigentliche Gewerkschaftsarbeit ins Hintertreffen geraten. Wenn die Interessen der russischen Arbeiter politisch gewahrt werden sollen, dann muß Rußland ein demokratisches Parlament bekommen. Anderenfalls bleiben sie unter dem aufkommenden Kapitalismus schutzlos wie in den zaristischen Zeiten.

Also die politische Herrschaft der Bourgeoisie, die Demokratie, wie in Deutschland, soll in Rußland die Arbeiter-Sowjets ablösen, dann werden die Interessen der russischen Arbeiter politisch gewahrt. Die Herren im Fabrikarbeiterverband haben es herrlich weit gebracht.

Wird so durch die Gewerkschaftspresse der Boden vorbereitet, dann tritt der Organisationsapparat in Tätigkeit. Oppositionelle Kollegen werden ausgeschlossen oder in Gewerkschaftsfunktionen nicht bestätigt oder die Mitglieder des Hauptvorstandes setzen willkürlich die Zahl der Delegierten herab und bestimmen sich selbst als Delegierte zum Gewerkschaftskongreß. Diesem Treiben in der Majorisierung des Willens der Mitgliedermassen die Krone aufgesetzt hat die Hallische Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Für den Wahlbezirk Artern-Magdeburg war von der Zahlstelle Eisleben des DMV. der Kollege Lademann als Kandidat aufgestellt worden. Der Ortsbeamte Appelfelder, ein braver SPD.-Bonze, reicht diesen Wahlvorschlag einen Tag später als den vom Bezirksleiter Rößler angesetzten Termin ein, obgleich rechtzeitig die Wahl vorgenommen worden war und Herr Rößler, Mitglied der rrrevolutionären USPD., erklärt trotz persönlicher Rücksprache, die Kandidatur des Kollegen Lademann nicht anzuerkennen. Wenn es nun nach dem Willen dieses sauberen Patrons gehen würde, dann wäre der von Magdeburg vorgeschlagene Kandidat ohne Wahl gewählt. Wir sind aber der Ansicht, daß der Wille von 10 000 Metallarbeitern nicht durch die absichtlich ausgeübte Sabotage zweier Hauptvorstandsheloten ausgeschaltet werden darf. **Wir fordern deshalb alle revolutionären und mit der jetzigen Politik des ADGB. nicht einverstandenen Metallarbeiter im Wahlbezirk Artern-Magdeburg auf, die Wahlen durchzusetzen und den Genossen Lademann zu wählen.** Der Hauptvorstand des DMV. wird zu entscheiden haben, ob der Wille der Mitglieder durch die dunklen Machenschaften der Herren Appelfelder und Rößler mit Füßen getreten werden kann. Der Hauptvorstand wird entscheiden müssen, ob der Wille von 10 000 Mitgliedern weniger zu bedeuten hat, als die Selbstherrlichkeit des Herrn Rößler.

Im Bezirk Halle-Magdeburg des DMV. wählen am Sonntag die oppositionellen Metallarbeiter in der Wahlabteilung:

Artern-Magdeburg: den Genossen Lademann (Eisleben);
Dessau: die Genossen Müller und Schröter (Zeitz);
Halle: den Genossen Schumann (Halle);
Merseburg: den Genossen Koenen (Merseburg);
Aken: den Genossene Mittermüller (Eilenburg).

Der 7. Mai muß ein Tag der Abrechnung mit den Arbeitsgemeinschaftern werden; am 7. Mai muß diesen Leuten die Quittung für ihre verderbliche, arbeiterschädigende Gewerkschaftspolitik ausgestellt werden. Jeder kommunistische Metallarbeiter, jeder Metallarbeiter, der die verfluchte Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum, das Paktieren mit den Kapitalisten als schädlich erkannt hat, gibt seine Stimme den von der Opposition aufgestellten Genossen, damit auf dem Reichsgewerkschaftskongreß die Arbeiter ihren Willen durchsetzen können und der ADGB. mit seinen über acht Millionen Mitgliedern zur Kampforganisation des Proletariats wird.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Metallarbeiter!

Wahl zum Gewerkschaftskongreß!

Für den Wahlbezirk Aschersleben, Bernburg, Thale, Wernigerode, Bockwitz, Quedlinburg, Rieda des Deutschen Metallarbeiterverbandes kommt nicht der Genosse Willi Gaßmann als Kandidat in Frage, sondern der Genosse Neubauer (Bernburg).

Wir bitten alle Genossen, den letzteren zu wählen.

Achtung, Fabrikarbeiter! Sonntag, den 7. Mai, Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß und Verbandstag. Unsere Kandadaten sind: Hufenreuter, Halle (Gewerkschaftskartell); Michaelis, Eilenburg (Gewerkschaftskartell); Somiesky, Halle (Verbandstag).

Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen! Bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß sollt Ihr darüber entscheiden, welchen Kollegen Ihr das Vertrauen gebt, Eure Interessen in klarer und entschiedener Weise in Leipzig zu vertreten. Wir fordern Euch deshalb auf, bei der Urwahl folgenden Kollegen Eure Stimme zu geben: C. Leps, Rudolstadt; Willi Mettin, Halle (Saale); Willi Riegel, Berlin. Alle anderen Namen auf dem Stimmzettel müssen gestrichen werden.

Abkommen im südbayrischen Textilarbeiterverband

Augsburg, 5. Mai. Die Verhandlungen zwischen dem südbayrischen Textilarbeitgeberverband und der Lohnkommission der südbayrischen Textilarbeiterorganisationen führten zu einer Lohnvereinbarung. Die Löhne erhöhen sich für männliche Arbeiter von 9,70 auf 16,50 Mk., für Arbeiterinnen von 7 auf 12,50 Mk. pro Stunde.

Erneute Massenentlassungen in Stettin

Laut „L.-A." haben im Stettiner Zementstreik die Fabrikleitungen die Entlassung der Streikenden ausgesprochen. Ein Ende der Bewegung ist noch nicht abzusehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220505-11/fragment/page=0003
DFG

Operetten-Theater.

Allabendlich 7½ Uhr:

„Es zog ein Bursch hinaus."

Operette in 3 Akten von Otto Böhme.
Kasse ab ½10 Uhr ununterbroch. geöffnet.
(Fernsprecher 6183.) 347

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Stadtverordneten-Fraktion. Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Fraktionssitzung.** Erscheinen aller dringend nötig.

Metallarbeiter-Fraktion. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Sitzung.**

Schneider. Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" (Saal): **Versammlung.** Vortrag über Gewerkschaften und Einheitsfront. Vertrauensleute eine halbe Stunde früher.

Distriktsführer und Obleute der Elternbeiräte. Montag, den 8 Mai, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Sitzung.**

Glauchaer Schule für Knaben u. Mädchen. Sonnabend, den 6. Mai, abends 6 Uhr, in der Turnhalle: **Elternversammlung** für Knaben: abends 8 Uhr für die Eltern der Mädchen.

Distrikt 9a. Sonnabend, den 6. Mai, abends 7½ Uhr, im „Letzten Dreier": **Hundert- und Zehnerschaftsführer-Sitzung.** Abzugebendes Material ist mitzubringen.

Distrikt 11. Die Kassierer müssen im Laufe der Woche restlos abrechnen. — Sonnabend, den 6. Mai, abends 7½ Uhr, bei Schnabel, „Loefts Hof": **Fraktionssitzung des Elternbeirats** der Huttenschule.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Osmünde-Gröbers. Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 Uhr, bei Mößlein: **Mitgliederversammlung.** Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig.

Langenbogen. Sonnabend, den 6 Mai, abends ½8 Uhr, bei Markgraf: **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: „Genua, Proletariat und Einheitsfront". Referent ist der Genosse J. Schmidt (Halle).

Zscherben, Bennstedt, Langenbogen, Dornstedt-Steuden. Sonnabend, 6. Mai, abends 8 Uhr, im „Würdenhof" in Teutschental: **Mitgliederversammlung sämtlicher Ortsgruppen.** Tagesordnung: Wahl eines Delegierten zum Bezirksparteitag. Das Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht.

Eisleben. Sonnabend, 6 **Mai, abends 8 Uhr,** in der „Zentralhalle": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Stellungnahme zu der Neuwahl der Elternbeiräte". Referent ist anwesend. Eltern von schulpflichtigen Kindern und Erzieher sind besonders aufmerksam gemacht und herzlichst eingeladen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Zschortau. Sonnabend, den 6 Mai, abends 7½ Uhr, im Lokal Sonntag: **Mitgliederversammlung.** Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nötig.

Greppin. Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Annaburg (Kr. Torgau). Sonntag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, bei Müller: **Mitgliederversammlung.** Sehr wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.

Uebigau (?). Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 Uhr, in „Stadt Berlin": **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung ist wichtig. Mitgliedsbücher der Produktiv-Genossenschaft mitbringen.

Unterbezirk Mansfeld.

1. Distrikt (Wimmelburg, Creisfeld, Hergisdorf, Helbra). Sonnabend, den 6. Mai, bei Gen. Krebs in Hergisdorf: **Konferenz.**

Eisleben. Sonnabend, den 6. Mai, abends 7½ Uhr, im „Volkshaus": **Funktionärsitzung.**

— Sonnabend, den 6. Mai, abends 7 Uhr, im „Volkshaus": **Zusammenkunft** aller Genossinnen, deren Männer hinter Kerkermauern schmachten.

— **Sonntagvormittag 10 Uhr, im „Volkshaus": Sitzung der Unterbezirksleitung.**

— Sonntagabend 8 Uhr, im „Volkshaus" (kleiner Saal): **Außerordentl. Generalversammlung.**

Benndorf. Sonntag, 7. Mai, abends 8 Uhr, bei Spitze: **Mitgliederversammlung.**

Hergisdorf I. Sonnabend, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung der Partei.**

Achtung, Schneider!

Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 Uhr im Saale der „Produktiv-Genossenschaft:

Versammlung.

Vortrag über: 1952

Einheitsfront und Gewerkschaften.

Alle Kollegen (auch Nichtkommunisten) sind eingeladen.

Volks-Feuerbestattungs-Verein

Halle u. Umgegend.

Sonntag, den 7. Mai, vorm. 9¾ Uhr:

Besichtigung des Krematoriums

auf dem Gertrauden-Friedhof.

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Scharfer Wachhund

für die **Walderholungsstätte Heide** zu kaufen gesucht. Zu melden **Allgem. Ortskrankenkasse Halle a. d. S., Kl. Klausstr. 16.**

Burg-Theater

Großes 3-Schlager-Programm mit 3 Namen von Ruf: 1956

Hanni Weiß im 5-Akter-Liebes-Sittendrama.

Ludw. Trautmann, — 4-Akter. — Amerik. Detektiv.

Anna Müller-Linke, 2-Akter. Lustspiel.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltung Halle a. S.

Am **Sonntag, dem 7. Mai,** findet in nachstehenden Lokalen die **Wahl des Delegierten zum 11. Gewerkschaftskongreß in Leipzig statt.** Die Wahlhandlung beginnt **morgens 10 Uhr** und endet **nachmittags 4 Uhr.**

Für unsere Verwaltungsstelle sind folgende Wahllokale bestimmt:

1. **Volkspark,** Burgstraße 27,
2. **Gewerkschaftshaus,** Harz 42/44,
3. **Produktiv-Genossenschaft,** Lerchenfeldstraße 14,
4. **Letzter Dreier,** Merseburger Straße 32,
5. **Trotha, Vogels Restaurant,**
6. **Böllberg-Wörmlitz, Weinrichs Restaurant,** Böllberger Weg 30,
7. **Ammendorf, Teichmanns Hotel,**
8. **Dölau, Gasthof zum Palmbaum,**
9. **Canena, Wenkels Gasthof,**
10. **Nietleben, Gasthof zur Sonne,**
11. **Reideburg, Gasthof zur Linde,**
12. **Zöberitz, Gasthof zur grünen Tanne,**
13. **Beuchlitz, Gasthof** (Inhaber Schubert),
14. **Bennstedt, Gasthof zur Eiche,**
15. **Landsberg, Gasthof zum Pelikan,**
16. **Zörbig, Gasthof zum Löwen.**

Die Namen der aufgestellten Kandidaten sind durch Plakate in jedem Wahllokal bekanntgegeben.

Zu wählen ist **ein Delegierter. Stimmzettel, die mehr als einen Namen** enthalten, sind ungültig.

Die Verbandskollegen werden hiermit zu reger Wahlbeteiligung aufgefordert. **Wahlberechtigt sind jedoch nur die Mitglieder, die nicht länger als 6 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.**

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Ohne Mitgliedsbuch des DMV. darf niemand wählen.

1967 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Fabrikarbeiterverband

Die **Delegiertenwahl** zum Gewerkschaftskongreß und zum Verbandstag findet am **Sonntag, dem 7. Mai,** von 10—1 Uhr in folgenden Lokalen statt:

Für Halle: im Bureau, Harz 42/44, Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14; Letzter Dreier, Merseburger Straße; in Trotha bei Gastwirt Vogel; in Cröllwitz im Lindenhof. Für **Ammendorf:** im Bahnhofsrestaurant; Osendorf-Döllnitz im Dreierhaus. **Dölau-Lieskau:** Gastwirt Dierschke. **Lettin:** Gastwirt Winkelmann. **Schiepzig:** Dorenbergs Gasthof. **Brachwitz:** Gastwirt Mieth. **Zappendorf und Umg.:** beim Koll. K. Grosser. **Nietleben:** Gasthof zur Sonne. **Canena-Bruckdorf:** Gastwirt Wenkel. **Teutschenthal:** bei Franz Goldschmidt. **Wansleben:** im Goldenen Ring. **Teicha und Umg.:** Gastwirt Gottschalg. **Sennewitz-Seeben:** Schwarzer Adler. **Wallwitz und Umg.:** Gastwirt Herzog. **Morl und Umg.:** Gastwirt Wagner. **Löbejün:** Zur guten Quelle. **Zörbig:** Dorotheenhof. **Bennstedt:** im Parteilokal. **Wettin und Umg.:** bei Koll Messe. **Corbetha und Umg.:** bei Gastwirt Haunstein, Raitmansdorf.

Die Kandidatenlisten und Stimmzettel liegen in den Wahllokalen aus. Zu wählen sind **drei Mitglieder** für den Gewerkschaftskongreß und **ein Mitglied** für den Verbandstag. Die Wahlen werden getrennt geführt.

Bei der Wahl ist das Verbandsbuch zur Abstempelung vorzulegen.

Es ist Ehrenpflicht aller Mitglieder, zur Wahl zu erscheinen. 1957

Die Ortsverwaltung.

Gebhardt-Eiweiß-Kakao

ist von unschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungszustand der Nachhilfe bedarf. Gutachten erster ärztlicher Autoritäten stehen unserem Fabrikate zur Seite.

Verlangen Sie ausdrücklich **Gebhardt-**Eiweiss-Kakao!

In allen einschlägigen Geschäften zu haben. *342

Versandstelle: Gr. Steinstrasse 36, 2. Gebäude.

Fernruf 4841. **Georg Gebhardt & Co.** Halle (Saale).

Arbeiter-Samariter-Kolonne Halle (S.)

Sonntag, den 7. Mai, im kleinen Volksparksaal: 1955

Vergnügen.

Schlafzimmer, Küchen, Bettstellen, Pat.-Auflege-Matratzen, Sofas, Chaiselongues zu verkaufen. 349

Curt Hoffmann

Ludwig-Wucherer-Straße 37, kein Laden, Hof links. Nähe Bernburger Str.

346

Sohlleder in Hälften u. Krupons

Sohlleder im Ausschnitt

Schuhmacher-Bedarfsartikel

kaufen Sie preiswert bei

Rob. Schmeißer

Große Märkerstraße 5.

Die gute Sternwolle

in allen Farben vorrätig *341

Partiewaren

Magdeburger Str. 25 am Walhalla.

Wiederverkäufer Extrapreise.

Zum Tode verurteilt sind Läuse, Wanzen, in ½ Std. unter Garantie **Flöhe, Brut,** b. Mensch u. Tier m. **„Rieselda",** ges. gesch. Mitt. 100 000 mal bewährt. Verk.: **Schurig,** Steinweg 10

1 Zughund für 150 Mk. zu verkaufen. 1969 Triftstraße 28, Hof, prt.

Für dauernde Beschäftigung werden **gesucht**

Kalibergleute,

insbesondere **Hauer.** Jüngere Förderleute können zu Hauern ausgebildet werden. Kost und Wohnung in Werksanlagen. *330

Gewerkschaft Sachsen-Weimar, Unterbreizbach (Rhöngebirge).

Auf Kredit

verkaufen wir trotz unserer **billigen** — Preise —

Herren-Anzüge, 1970

Damen-Mäntel, Kleider, Blusen, Damen-Strickjacken, Jumpers.

Carl Klingler, 11 Leipziger Straße 11

nur 1 Treppe, Eingang Sandberg.

Kein Laden, nur 1. Etage

Stadttheater

Sonnabend, d. 6. Mai
Nichtöffentliche Vorstellung
Sonntag, nachm.:
Der Herr Senator
Abends: **Mignon.**

Thalia-Theater

Sonntag, den 7. Mai abends 7½ Uhr:

Liebe und Trompetenblasen

Lustspiel von Sturm u. Bachwitz. 195[?]

Ansichts-Postkarten Volksbuchhandlung

Vereine

Arbeiter-Sänger-Chor.
Nächste Singestunde: Montag, den 8. Mai. Mittwoch, den 10. Mai: Ständchensingen Treffpunkt: Güterbahnhof.

Frauen- u. Mädchenchor.
Jeden Mittwoch, abds. 8 Uhr, im „Volkspark": **Singestunde.**

Die Naturfreunde.
Stadtheim: Weidenplan. Freitags: Zusammenkft.

Zentralv. prol. Freidenker. (Ortsgruppe Halle).
Jeden Mittwoch nach d. 15., in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitglieder-Versammlung. Gäste stets willkommen.

Allgem. Arbeiter-Union. (Reichsunion).
Jeden Freitag von 8—10 Uhr, im „Volkspark": **Zahlabend.** Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich selbst zu kassieren.

Allgem. Arbeiter-Union. (Einheits-Organisation Halle a. d. Saale).
Sonnabend, abds. 8 Uhr: Mitgl.-Versammlung. Jed. Sonnabend **Kassenstunden** i. „Volkspark". Jeder muß sich selbst kassieren.

I. Hall. Mandolin.-Orchester
Uebungsstunde: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in der „Aula" (Charlottenschule).

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle.
Jeden Mittwoch nach dem 1. in der „Produktiv-Genossenschaft": **Mitgliederversammlung.** Montags u. Donnerstags jed. Woche, abds. 5—7 Uhr, im Bureau, im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Treppen Zimmer 15: **Rechtsauskunft.**

Proletar. Kultur-Vereinigung, Halle.
Lokal: Lüderitz Berg. Dienstag: Kindergruppe 5 bis 7 Uhr. Donnerstag: Bühne 8 bis 10 Uhr. Donnerstag: Musik-Abteilung 8 bis 10 Uhr.

Arb.-Samarit.-Kol. Halle
Jeden Freitag abend 8-10 Uhr, in der Martinschule, Charlottenstraße: **Uebungsstunde.** Mitglieder werden noch angenommen.

Arb.-Radfahrer-Bund „Freiheit".
Versammlungen: **Stern:** Mittwoch nach dem 1. u. 15. i. Monat. **Vorwärts:** Freitag, alle 14 Tage.
Sonntag, den 7. Mai, mittags 1 Uhr: Ausfahrt nach Morl Abf.: Wettinerplatz.
Die Kreisleitung.

Dtsch. Arbt.-Abstin.-Bund. Ortsgruppe Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartstraße 15.
Dienstag, den 9. Mai: abends ½8 Uhr, im „Volkspark": Mitgl.-Versammlung.

Arb.-Schwimmverein Halle a. d. S., Mitgl. d. Arb.-T.-u. Sp.-B.
Sonnabend, den 6. Mai, abds. ½6 Uhr, auf den Pulverw.: Freiübung — abds. ½8 Uhr, in der „Prod.-Gen.": Vorstandssitzung. Montag, d 8. Mai, abds. 7 Uhr, in der „Prod.-Gen.": Außerordentl. Mitgl.-Versammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen! Mittwoch, den 10. Mai, abends von 8-9 Uhr, i. Stadtbad: Uebungsstunde d. Damenabteilg.

Komm. Jugend.
Jugendh.: Rathausst. 16. (Geöffnet v. ½7 Uhr an. Heute Freitag: Gruppen-Zusammenkunft für Süden und Zentrum. Norden fällt aus. Sonntag: Halbtags-Werbefahrt n. Dieskau Gründ. ein. Ortsgruppe. Musik-, Theaterspieler usw. müssen zur Stelle sein. Treffpunkte: Norden, ½2 Uhr: Wettiner Platz, Zentrum, 2 Uhr: Hallmarkt, Süden, 2 Uhr: Rannischerplatz. Montag: Arbeitsgemeinschaft (siehe lok. Teil). Brotbeutel gebraucht, Stück 5 Mk., im Heim erhältlich. Wer mit nach Jena machen will, melde sich sofort bis spätestens Mittwoch, den 10. Mai bei seinem Gruppenvorsitzenden an.

Kommun. Kindergruppe.
Heim: Rathausstr. 16. Sonntag, den 7. Mai. nachm. ½2 Uhr, treffen sich alle Gruppen auf ihren Plätzen. Allgemeiner Ausflug nach Röpzig. Treffpunkt dortselbst. Montag, nachm. 6 Uhr, im Heim: Vorstandssitzung.

Arbeit.-Radfahr.-Bund Solidarität, Ortsgr. Halle
Sonntag, den 7. Mai: Tour nach Niemberg. Abf.: Mittags 1 Uhr vom Roßplatz.

Sportklub 1909.
Vereinslokal: Jänicke, Steinweg 52. Uebungsstund.: Schülerabteilg. Freitags 6 bis 8 Uhr. Jugendabteilung Freitags 8—10 Uhr, Männerabteilung Sonnabends 8-10 Uhr. Versammlungen jed. Dienstag nach d. 1. im Mon.

Cröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Cröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Mittwochs v. 8-10 Uhr Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr Kinder-Mandolin.-Abteilung: Mittwochs von 5—7 Uhr.

Ammendorf

Arbeiter-Gesangverein.
Singestunden: Frauenchor. Donnerstag, abds. ½9 Uhr. Männerchor: Jed. Dienstag, abds. ½8 Uhr, in Teichmanns Hotel.

Nietleben

Gesangver. Lyra
Jed. Sonnabd., 8½ Uhr: **Singestunde**

Eisleben

Allg. Arbeit.-Union, Eisleben
Jeden letzt. Sonntag im Monat i. „Volkshaus": **Mitgliederversammlung.** Zahlstelle: Heinr. Tetzel, Klippe 6

Deutscher Bergarbeiter-Verband, Eisleben.
Jed. zweit. Sonntag im Monat i. „Volkshaus": **Mitgliederversammlung.** Zahlstelle: Koll. Hendrich und „Volkshaus".

Gemischter Chor, Eisleben.
Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr: **Singestunde.** Freitag keine Singestunde.

Arbeit.-Samariter-Kolonne Eisleben.
Jeden Sonntag vorm.: Uebungsstunde im Jugendheim. Sonntag, nachm. 2 Uhr, im Jugendheim: **Mitgliederversammlung.**

Arbeiter Turnverein „Ludwig Jahn", Eisleben.
Dienstags und Freitags 8—10 Uhr. Sonntags 10—12 Uhr: Turnstunde. Donnerstags 8—10 Uhr: Frauenabteilung. Jeden Sonntag nach dem 15.: Monatsversammlung.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Eisleben.
Jeden Donnerstag: Beratungsabend. 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": **Mitgliederversammlung.** Die Vorstände der Ortsgruppen Helfta u. Unterrißdorf sind eingeladen.

Versuchen Sie!

Gelegenheitskauf gut und billig!

weiß u. bunte **Bettbezüge**

Bettlaken 1953

Damen- u. Herren- **Wäsche**

Kleiderstoffe Strümpfe, Socken

Schwetschkestr. 11

1 Treppe.

Drell-hosen, blau,

getragen und repariert, nur noch kleiner Posten,

Mk. 95,—

Reinke,

Leipziger Str. 55 I. am Riebeckplatz. 1971

Bruchbänder, Leibbinden 282 **Senkfußeinlagen.**

Fr. Speer, Halle (Saale), **Gr. Ulrichstr. 63,**

Krankenkassenlieferant.

Optiker

C. Schaefer,

Große Steinstraße 29a

liefert für

*348 **alle Krankenkassen.**

Kleiner Restposten

Manschester Pilot 1972

feldgrauer und **schwarzer Hosen** prima Qualität und erstklassige Verarbeitung

Reinke,

Leipziger Straße 55 I, am Riebeckplatz.

Gelegenheitskäufe in **Möbeln,** 285 **Polsterwaren, Betten usw. Klara Rust,** Sternstr. 6, Teleph. 3579.

Kinder-Sitz- und Liegewagen

a. Land preisw. zu verk. **Merseburger Str. 106,** Zigarrengeschäft. 1954

Schürzen

besonders preiswert.

Wiederverkäufer Extrapreise

Olearinsstr. 5, L.-Wuchererstr. 7.

Mehrere 1963

Maurer

werden sofort eingestellt.

Ernst Zörner, Baugeschäft, Dölau

Denkt an die freiw. Spende!

Wieder eingetroffen:

feldgraue Hosen

in bekannten besten Qualitäten 1962

Mk. 298,—

Reinke,

Leipziger Straße 55, I, am Riebeckplatz.

Hausfrauen! Kauft nur bei unseren Inserenten.

Ich übe ab heute meine Praxis als

Facharzt für innere Krankheiten

aus. Sprechzeit 9—11 und 4—5 Uhr.

Dr. med. Wiedemann,

Facharzt für innere Krankheiten.

Martinstraße 11 (gegenüber Piano-Ritter).

*377 — Telephon 2718. —

Ausk.- u. Detektiv-Bureau

Herm. Hertwig, Halle a. d. S.

Kutschgasse 2, 2 Tr.

Bureauzeit 5 bis 8 Uhr abends. 196[?]

Behandlung jeder Rechtsfrage.

Saat-Kartoffeln

bewährte frühe u. späte Sorten, sowie

Speise- u. Futterkartoffeln

in groß. u. kleinen Posten verkauft

Paul Otto, Königstr. 70.

*37[?]

Dauerwäsche

ist wieder teurer geworden

Wir verkaufen infolge unserer groß. Engros-Läger, solange der Vorrat reicht, weit. zu d. bekannt **billigen Preisen.** 196[?]

Dauerwäsche-Vertrieb

Kl. Berlin 2, Eine Treppe, Eing. Sternstr.

Seefische billiger!

Aus heute und morgen eintreffenden Waggons

Kabeljau ohne Kopf Pfund nur **10.00**

Karbonaden bratfertig Pfund **12.50**

1961

Schellfisch, Seelachs, Goldbarsch kopfl., billigst

Nordsee Deutschlands größter Fischhandel.

Fernsprecher 1274, 1275, 5904.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 19. Dezember 1921 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß der für eine Verbindungsstraße zwischen Trothaer und Köthener Straße festgesetzte neue Fluchtlinien- nebst Höhenplan förmlich festgestellt worden ist, nachdem der Bezirksausschuß zu Merseburg den gegen die Planfestsetzung erhobenen Einspruch durch rechtskräftig gewordenen Beschluß vom 1. März 1922 zurückgewiesen hat.

Der Fluchtlinien- nebst Höhenplan liegt im Wagegebäude (Marktplatz 24), Zimmer 31, zur Einsicht aus.

Halle, den 1. Mai 1922.

1964 **Der Magistrat.**

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, sagen wir allen denen, die ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, herzlichsten Dank. Dank Herrn Pastor Galle und der Herrschaft Dippe. Dank dem Arbeiter-Gesangverein zu Morl für die letzte Ehre. 1960

Morl, den 4. Mai 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Otto Krüger und Kind,

Eltern und Geschwister.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220505-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 5. Mai 1922

Und doch Schande!

Unabhängige Dementierkunststücke zugunsten entgleister Stadträte.

Es gibt auch in Halle Leute, die die sich unwiderstehlich auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes neu bildende proletarische Einheitsfront als Radiergummi zur Löschung ihrer revolutionsfeindlichen Haltung in der Vergangenheit oder gar als Deckmantel für neue Sünden gegen die sozialistische Arbeiterbewegung benutzen möchten. Dazu gehört die Redaktion der unabhängigen „Volkszeitung". Sie entrüstet sich unter Berufung auf die Erfordernisse der Einheitsfront über unsere Kennzeichnung des Verhaltens unabhängiger Magistratsmitglieder in der Frage der Arbeitsruhe der Straßenbahnangestellten am 1. Mai. Aber nicht mit der Beibringung von Tatsachen, die unsere Mitteilungen zu erschüttern in der Lage wären, sondern mit Schimpfereien über „grobe Unwahrheiten", über „infame Verleumdung", über angebliche Handlungen eines Sowjetvertreters, schließlich noch mit einer Denunziierung des Genossen Kilian. Soweit „Tatsachen" berührt werden, geschieht es um den Tatbestand zu verschieben und zu verdunkeln

Wir haben natürlich volles Verständnis für die peinliche Situation, in die die Hallische USPD. durch das unglaubliche Verhalten ihrer Magistratsvertreter geraten ist. Wir können jedoch keineswegs dulden, daß sich die Herrschaften auf unsere Kosten aus der Affäre zu ziehen versuchen.

Das USPD.-Blatt besitzt die Dreistigkeit, zu behaupten, die unabhängigen Stadträte seien auf Wunsch der Straßenbahner in die Belegschaftsversammlung gegangen. Wir möchten es fragen, von wem diese Information stammt. Sollten es die unabhängigen Stadträte selbst gewesen sein, die gesündigt haben und deshalb von uns angegriffen worden sind, so kennzeichnet das den Wert der Information und des daraus hergestellten Dementis In Wirklichkeit ist das Ersuchen auf Teilnahme der USPD.-Stadträte an der Versammlung der Straßenbahnbelegschaft von ganz anderer Seite gekommen. Genosse Kilian erklärte auf eine Anfrage, vielleicht äußere sich zu diesem Thema einmal der Bürgermeister, der über die Dinge genau Bescheid wisse und sozusagen als „unparteiisch" gelten könne. Natürlich müsse das vor Gericht unter Eid geschehen, damit die Amtspflicht der Verschwiegenheit falle, die alle Magistratsmitglieder bindet. Vielleicht nennt die „Volkszeitung" auch einmal die Namen derjenigen Straßenbahner, die angeblich die Anwesenheit der USPD.-Stadträte vor der Belegschaftsversammlung zur Abwirgung des mit großer Mehrheit gefaßten Beschlusses auf vollkommene Arbeitsruhe gefordert haben. Und vielleicht fügt sie hinzu, wann, zu welcher Stunde und an welchem Platz die Aufforderung der Arbeiter an ihre städtischen Freunde zur Aeußerung gelangt sein soll. Vielleicht erfährt man dann auch noch, ob überhaupt vom Magistrat ein Notstandsbetrieb gewünscht wurde oder nicht, und wie sich Genosse Kilian zu dem Mehrheitsbeschluß der Straßenbahner gestellt hat. Wir sind überzeugt, die USPD.-Leute werden keine Seide spinnen bei solchen Tatsachenermittlungen.

Einstweilen schlagen wir eine Befragung der Straßenbahner vor, welchen Eindruck auf sie das Auftreten der Herren Albrecht usw. an der Seite des Scharfmachers Balke in der Belegschaftsversammlung am 29. April gemacht hat. Das Ergebnis wird die unabhängigen Ausflüchte und Verduschungsversuche kurzerhand erledigen, das können wir mit Sicherheit bereits schließen aus den Mitteilungen, die die Redaktion von zuverlässigen Teilnehmern an der Versammlung erhalten hat.

Daß Vertretern der Straßenbahner auf dem Bureau der USPD. erklärt worden ist, „auch der Straßenbahnverkehr müsse am 1. Mai stillgelegt werden, möge der in seiner Mehrheit bürgerliche Magistrat beschließen wie er wolle", braucht nicht bestritten zu werden. Aber, daß die Parteisekretäre in diesem Falle klug genug gewesen sind, die Erfordernisse des Tages und der Einheitsfront angesichts der nahezu einmütigen Willenskundgebung der Arbeiter zu beachten, ist noch lange kein Beweis für das Vorhandensein dieser Erkenntnisse auch bei den USPD.-Stadträten. Und darauf allein kommt es an. Aber wer hat denn — um der „Volkszeitung" noch mit einer Tatsache zu dienen — in der Stadtverordnetenversammlung jenen Antrag veranlaßt, der zu dem Beschluß auf völlige Arbeitsruhe in den städtischen Werken, Bureaus, sowie Schulschluß führte? War es die USPD.- oder was nicht viel mehr die KPD.-Fraktion? Vor solchen Feststellungen erledigt sich das wohlberechnete Gegreine der „Volkszeitung" über „Gefährdung der Einheitsfront" durch uns, erledigen sich die Salbadereien über „proletarischen Anstand" und alle anderen Verlegenheitszaubertunststücke. Wir mußten eben angesichts des kläglichen Ergebnisses der Tätigkeit der USPD.-Stadträte — im „Rotbetrieb" am Nachmittag des 1. Mai — den Sündern auf die Finger klopfen, gerade im Dienste der Einheitsfront, und werden das auch in Zukunft tun; gerade um die Einheitsfront zu schützen.

Dölz beugt sich

Das Zwischenspiel des monarchistischen Majors Gärtner in der republikanischen Schutzpolizei mit dem sozialdemokratischen Polizeidirektor Dölz hat den Ausgang genommen, den wir vorausgesagt haben. Herr Dölz hatte den Einfluß der monarchistischen Offiziere unterschätzt. Der Regierungspräsident von Merseburg triumphiert und teilt der Presse folgendes mit:

„Am 22. April 1922 hat im Auftrage des Herrn Ministers des Innern unter dem Vorsitz des Regierungs-Präsidenten und im Beisein des Herrn Ober-Präsidenten Hörsing und des Polizeiobersten Brunnengräber eine Besprechung über die aus Anlaß der Vorgänge in der Saalschloßbrauerei am 15. Februar 1922 gegen den Polizeimajor Gärtner und den Stadtrat Dölz erhobenen Vorwürfe stattgefunden. Stadtrat Dölz gab hierbei seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß er sich auf Grund einer ihm gegebenen Darstellung des Sachverhaltes, von deren Unrichtigkeit er sich nachträglich überzeugt habe, zu beleidigenden Aeußerungen gegen den Polizeimajor Gärtner habe hinreißen lassen. Polizeimajor Gärtner, der mit Genehmigung des Herrn Ministers des Innern vom Regierungs-Präsidenten bereits wieder in sein Amt eingesetzt ist, erklärte sich hiermit zufriedengestellt."

Der Geist, vor dem der sozialdemokratische Polizeidirektor Dölz hier kapituliert, wird durch folgenden Bericht, den wir der „Volksstimme" entnehmen, noch besonders gekennzeichnet:

„In welcher verhängnisvollen und raffinierten Weise man die Beamten der Schutzpolizei für ihren schweren Dienst „tauglich" zu machen versucht, zeigt die Art der „Straßenkampfübungen", die ab und zu bei der Schutzpolizei stattfinden.

Gestern vormittag rückten auf dem Roßplatz die 3. und 5. Hundertschaft miteinander. Die Beamten der 5. Hundertschaft mußten sich als „Lätze" verkleiden. Einer wurde dazu kommandiert, eine „radikale" Rede zu halten. **Die übrigen Beamten mußten die „Internationale" singen.**

Aufgabe der 3. Hundertschaft war es, die „Demonstranten" mit der blanken Waffe „zur Räson" zu bringen, was natürlich glänzend gelungen ist.

Etwas abseits standen 38 bis 40 Offiziere, die sich an dem Schauspiel weidlich ergötzten."

Und vor diesem Geist beugen sich nicht nur Dölz, sondern seine viel mächtigeren Parteifreunde Hörsing und Severing.

Die Post fängt an zu „sparen"

Vor kurzem brachten wir eine Mitteilung, daß auch bei der Post das Sparsamkeitsprinzip auf Kosten der Verlängerung der Arbeitszeit der unteren Beamten eingeführt werden soll. Die Oberpostdirektion Halle sah sich gemüßigt, uns darauf eine Berichtigung zuzusenden, auf der uns wiederum mehrere Zuschriften von Postbeamten zugingen, die klar nachwiesen, daß doch in der angegebenen Weise bei der Post „gespart" wird, d. h. daß die Arbeitszeit der unteren Beamten verlängert und daß zu deren „Beaufsichtigung" mehr höhere Beamte eingestellt werden.

Vor längerer Zeit schon stellte die Postverwaltung fest, daß der Beamtenapparat um 40 000 Mann zu groß ist, daß, um „rationell" wirtschaften zu können, 40 000 Beamte und Hilfsangestellte dem Hunger und Elend überantwortet werden müssen. Seit dem 3. Mai treibt hier in Halle eine ungefähr 15 Mann starke Kommission von Assistenten bis Obersekretären, sogar ein Postdirektor ist dabei, ihr Unwesen, natürlich auf allerhöchsten Befehl, und begleitet die Briefträger auf ihren Bestellgängen, um festzustellen, ob die Briefträger, die zum weitaus größten Teil Kriegsbeschädigte sind, nicht noch mehr Postsachen bestellen können, d. h., ob die Bestellbezirke vergrößert werden können und durch die Mehrausbeutung der Briefträger ein Teil derselben entlassen werden kann.

Wir haben keinen Zweifel daran, daß die Herren, die neben den schwerbepackten Briefträgern mit der Uhr in der Hand nebenherlatschen, feststellen, daß der Briefträger noch „bequem" zwei und drei Straßen mit bestellen kann. Eine einwandfreie Feststellung könnte nur dann gemacht werden, wenn dem Postdirektor und den Obersekretären selbst eine Tasche um den manchmal recht stattlichen Bauch gehängt würde und sie nur drei Tage lang die Arbeit der Briefträger verrichten müßten. Wir sind überzeugt, das Gutachten würde dann anders ausfallen.

Das ist das Wesen der Ebert-Republik. Höhere Beamte werden mit der Uhr in der Hand neben den unteren Beamten einherlaufen, um aus „Sparsamkeitsgründen" die Unterlagen zur Entlassung der Hilfsangestellten zu schaffen. Die Industrie hat ja auch keine Arbeitskräfte in genügender Anzahl. Die Kohlenbarone und Schwerindustriellen brauchen billige Arbeitskräfte, die sie nur bekommen können, wenn eine große Arbeitslosenarmee besteht. Stinnes hat gepfiffen, Regierung tanzt und schaffe uns die Arbeitslosenarmee, damit wir den Lohn der Arbeiter drücken können.

Wie verwirklichen wir die Einheitsfront?

Ueber diese Frage sprach am Donnerstag der Genosse Höker in einer sehr gut besuchten Betriebsversammlung der Baumwollspinnerei von Meyer Kaufmann. Nach kurzer Diskussion, in der sich das Vorstandsmitglied Weiße von der F. A. U. weidlich blamierte, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heutige Betriebsversammlung (4. Mai) der Baumwollspinnerei Meyer Kaufmann beantragt bei der Neunerkommission der drei Internationalen die sofortige Einberufung eines Arbeiter-Weltkongresses um der kapitalistischen Offensive wirksam entgegenzutreten."

Arbeiter, fordert überall die sofortige Einberufung des Weltkongresses.

Von der Hallischen Justiz

Vor dem Schwurgericht stand der Arbeiter K. aus Stedten unter der Anklage des Aufruhrs usw. Er sollte an der Erschießung eines Motorradfahrers der Schupo und an einem Kampfe mit der Schupo im März d. J. beteiligt gewesen sein. Der Betriebsfahrsteiger Zech, der sich vor Gericht rühmte, 17 bis 18 Mann denunziert zu haben, hat nichts gesehen, hat alles nur gehört, was er Belastendes gegen K. aussagt, aber die Mißhandlungen, die stattgefunden haben, und **die Drohung mit dem Erschießen**, die, wie uns der Vater des K. mitteilt, in Gegenwart des Zech gegen K. ausgesprochen worden ist, will er nicht gehört haben. Der jetzt 17jährige Bergpraktikant Scheckwitz hat dem Zech, seinem Vorgesetzten, erzählt, daß K. einen Karabiner gehabt hat und diese Aussage vor dem Untersuchungsrichter wiederholt. In der Hauptverhandlung unter Eid sagt er aus, daß er K. aus der Wohnung des damals von der Schupo im Gefangenenlager Schafstädt ermordeten Genossen Martin Deutsch mit Munition hat herauskommen, aber kein Gewehr bei ihm gesehen hat. Ebenso hat Frau Deutsch kein Gewehr bei K. gesehen. Scheckwitz war der einzige Belastungszeuge und der Vorsitzende des Schwurgerichts suchte unter Drohungen aus dem jungen Scheckwitz eine Aussage herauszuholen, die zur Verurteilung ausreichte. Er sagte wörtlich zu Scheckwitz: **„Sie müssen Ihr Gedächtnis anstrengen und das sagen, was Sie wissen oder wissen müßten, Sie machen sich sonst eines fahrlässigen Meineides schuldig. — Sie verletzen sonst Ihren Eid, wenn Sie sich keine Mühe geben, Sie setzen sich sonst einem Meineidsverfahren aus. — Sie haben die Verantwortung dafür, was Sie jetzt sagen. Sie dürfen nichts zurückhalten. Geben Sie sich Mühe und besinnen Sie sich, es ist Ihnen niemand etwas, im Gegenteil: wenn Sie sich nicht zusammennehmen, dann könnte es Ihnen hinterher schlecht bekommen, denken Sie an Ihren Eid."** So ging es eine halbe Stunde lang. Als schließlich noch der Untersuchungsrichter herangeholt wurde, blieb Scheckwitz bei seiner Aussage, daß er bei K. kein Gewehr gesehen habe, er sich wenigstens nicht mehr darauf besinnen kann. Für seine erste abweichende Aussage konnte er keine Erklärung abgeben.

Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe, er wurde zu 7 Monaten, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind und 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Vergleicht man das Verhalten des Schwurgerichtsvorsitzenden in diesem Prozeß mit dem Prozeß des Schupobeamten Böhm, die Einschüchterung des 17jährigen Jungen mit der Behandlung der Belastungszeugen in Prozessen, die sich gegen die bestgehaßte Klasse oder gegen deren Lieblinge und Schützlinge, die Schupo, Stahlhelm und Achtgroschenjungens geführt werden, dann kommt man zu dem Resultat, zu dem sich sogar Erich Kuttner in seinem Artikel in der „Volksstimme" gekommen ist: Wir haben eine Klassenjustiz.

Der Tarifkampf im Transportgewerbe

Das letzte Tariflohnabkommen, das zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe für den Monat April abgeschlossen wurde, hat bisher noch keine Neuregelung vom 1. Mai an erfahren können, da das Angebot der Arbeitgeber auf die Forderungen der Arbeitnehmer in einer Mitgliederversammlung der letzteren am Sonntag, dem 30. April, mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt wurde.

Die Versammlung beschloß, ehe weitere Maßnahmen ergriffen werden sollen, entsprechend der tariflichen Bestimmungen erst den gesetzlichen Schlichtungsausschuß zur Entscheidung in dieser Sache anzurufen. Sobald diese gefallen ist, soll einer weiteren Mitgliederversammlung Bericht darüber erstattet werden.

Hallische „Klassenkampf"-Leser!

Die freiwilligen Spenden für den „Klassenkampf" werden in unserem Verlage, Lerchenfeldstraße 14, in der Zeit von morgens 7 bis nachmittags 5 Uhr entgegengenommen. Unterstützt Eure Presse!

Mit was sich heute Gerichte beschäftigen müssen

Weil in einem Streite wegen der Kinder der Händler Sch. den Schmied K. Lump und Stromer genannt und behauptet hatte, daß er seine Schwiegermutter küsse (was K. als Beleidigung auffaßte) und K. darauf die Aeußerung tat: „Ich schlage dich tot", mußte das Gericht sich in zwei Instanzen mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Frau eines früheren Hausbesitzers hatte mit einer Mieterin wegen Hausklatsches einen Zusammenstoß. Der Hauswirt H. trat nun in den Prozessen mit seinen Mietern als Kläger auf, seine angeblich beleidigte Ehefrau als Zeugin. Und weil nun die eine die andere Klatschbase und Lügenmaul genannt hatte, mußte sich auch mit dieser Sache das Gericht mehrere Male beschäftigen.

Man sieht, zu welchen Zwecken Händler und Hausbesitzer heute noch Geld übrig haben. Ein treffendes Beispiel für die notleidenden Hausagrarier und Händler.

Unsere Trägerinnen kassieren

in den kommenden Tagen den Abonnementspreis für Mai ein und beträgt derselbe einschl. des Botenlohnes 21,50 Mark. Wir bitten, den Trägerinnen durch Bereitlegung des Betrages die Einkassierung zu erleichtern.

* **Achtung! Bauarbeiter und Zimmerer.** Bei der Firma Peretti u. Funk, Baustelle Grube Alwiner-Bereiu bei Bruckdorf, ist am Donnerstag dem 4. Mai, die ganze Belegschaft wegen ausgebrochener Differenzen, trotz Vermittlungsvorschlag der Organisationsleiter, entlassen worden. Die Firma ist jetzt bestrebt Neueinstellungen vorzunehmen. Es wird ersucht, die vorstehende Notiz zu beachten.

* **Erhöhung der Brot- und Mehlpreise.** Der Kreisausschuß des Saalkreises gibt bekannt, daß vom 8. Mai an neue Höchstpreise für Brot und Mehl festgesetzt worden sind. Danach beträgt der Preis für ein 1800-Gramm-Roggenbrot 12,50 Mk. und für ein 85-Gramm-Weißbrot 70 Pf.; 335 Gramm Roggenmehl kosten 3 Mk., 335 Gramm Weizenmehl 3,20 Mk. und 335 Gramm feineres Weizenmehl 3,40 Mk. Für zwiebäcke sind keine Höchstpreise festgesetzt worden. Der Kreislauf der Teuerung setzt von neuem ein. Er beginnt wieder bei dem wichtigsten Lebensmittel, nachdem die Kartoffeln so heftgetrieben worden sind, daß sie kein Arbeiter mehr bezahlen kann. Die Preise für Brot werden in den nächsten Wochen sprunghaft in die Höhe klettern müssen, da bekanntlich die Zuschüsse des Reiches in Fortfall kommen.

* **Maifeier.** Zu der heute abend stattfindenden Wiederholung der künstlerischen Darbietungen für die Karteninhaber, die am 1. Mai wegen Ueberfüllung keinen Eintritt fanden, sind noch Karten zu 5 Mark heute an der Abendkasse im „Volkspark" zu haben.

* **Arbeitsgemeinschaft der Kommunistischen Jugend Halle.** Am Montag, dem 8. Mai, abends ½8 Uhr, soll im Jugendheim, Ratbausstraße 16, die bisher vom Genossen Grade geleitete Arbeitsgemeinschaft weitergeführt werden. Es sollen mehr naturwissenschaftliche Fragen sowie Wirtschaftsgeschichte usw. behandelt werden. Alle jüngeren Parteigenossen und -Genossinnen, die sich zum Lernen noch nicht zu alt fühlen, auch wenn sie der Organisation noch nicht angehören, sind dazu eingeladen.

* **Glaucha-Schule.** Am Sonnabend, dem 6. Mai, finden in der Turnhalle der Glaucha-Schule Elternversammlungen statt, in der die Neuwahlen der Elternbeiräte besprochen werden. Für die Knabenabteilung um 6 Uhr und für die Mädchenabteilung um 8 Uhr abends.

* **Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre.** Der Kursus des Genossen Jensen über: „Vom Kapitalismus zum Sozialismus" beginnt heute abend bereits um 7 Uhr. Vortragslokal ist die Aula der Martinschule, Charlottenstraße 15. Hörerkarten sind noch am Eingang zur Aula zu haben.

* **Arbeiterbildungsausschuß.** Zu dem Sinfonie-Konzert am Dienstag, dem 9. Mai, im „Volkspark", das vom gesamten Stadttheaterorchester unter Leitung von Karl Noehren und Mitwirkung von Maria Günzel-Dworzik (Sopran) und Fritz Kerzmann (Bariton) ausgeführt wird, sind noch Karten zu 8 Mk. im Arbeitersekretariat, in der Produktiv-Genossenschaft, im Verkehrsbund (Dreyerstraße 10) und im „Volkspark" (Büfett) zu haben. An der Abendkasse kosten die Karten 10 Mk.

* **Eine Sitzung der Stadtverordneten** findet am Montag, dem 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Vorlagen: 1. Einrichtung von Kleinwohnungen; 2. Landverkauf an der Merseburger Straße; 3. Feststellung eines Bebauungsplanes; 4. Aufnahme eines Sparkassendarlehns; 5. Haushaltsplan für 1922, Kapitel V, D bis G. Hierauf findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

* **Annahme gewöhnlicher Pakete durch die Paketbesteller.** Die Paketbesteller in Halle dürfen gewöhnliche Pakete zum Abliefern an die Postanstalt annehmen. Die Abholung aus der Wohnung kann schriftlich oder durch Fernsprecher Nr. 7551 bei dem Postamt 2 (Thielenstraße 2a) bestellt werden. Für die Bestellschreiben oder -karten, zu denen möglichst ungestempelte Postkarten zu benutzen sind, wird keine Gebühr erhoben; sie können in die Briefkasten gelegt oder dem bestellenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesteller nehmen die Pakete entweder in den Häusern, die sie zum Bestellen oder Abholen betreten, oder an den Stellen entgegen, wo ihr Fuhrwerk hält. Für jedes Paket ist außer der Freigebühr eine Nebengebühr von 1,50 Mk. voraus zu entrichten.

* **Hallisches Händelfest 1922.** Bei dem vom 25. bis 28. Mai in unserer Stadt geplanten Händelfest sind eine große Zahl erster Solisten aus Halle und von auswärts beteiligt, deren Namen jetzt bekannt werden. Als Dirigenten wirken: Prof. Kahlwes, Dr. Göhler (Leipzig), Oskar Braun, Karl Klanert, Willi Wurlschmidt. Als Sänger sind gewonnen: Lotte Leonhard, Frieda Schmidt, Rose Walter, Hilde Roß, Anna Engbardt (Sopran), Martha Adam, Agnes Leydecker (Alt), Hans Lißmann, Georg A. Walter, Siegmund Matuszewski (Tenor), Albert Fischer, Dr. Hans Joachim Moser, Willi Sonnen, Cornelius Bartz (Baß). Die Solo-Instrumente sind durch J. Versteeg (Violine), Anna Linde (Cembalo), Dr. Hans Gaartz, Dr. Ludwig, Kraus (Klavier), E. van der Straeten (Gambe), Oskar Rebling, Hermann Henkel, Arno Landmann (Orgel), besetzt. Ferner wirken als Solisten das Hallische Streichquartett und die ersten Bläser des Stadttheater-Orchesters mit. Die Vorbereitungen werden von einem Arbeitsausschuß geleitet, dessen Vorsitzender der Universitäts-Kurator Dr. G. Meyer ist. Als Veranstalter zeichnen die Robert-Franz-Singakademie, die Hallische Singakademie, der Stadtsingechor, die Philharmonische Gesellschaft, die Intendanz des Stadttheaters und die Ortsgruppe der Deutschen Musikgesellschaft.

* **Liegengebliebene Gegenstände in der Straßenbahn.** In der Zeit vom 1. bis 31. März sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefunden worden: 11 Regenschirme, 3 Spazierstöcke, 7 einzelne und 19 Paar Handschuhe, 2 Trauringe, 1 Haarpfeil, 1 Brille, 2 Klemmer, 5 Portemonnaies, 3 Geldtaschen, 1 Geldbörse, 1 Muff, 1 Schal, 1 Paar Filzschuhe, 1 Büchse Oelfarbe, 1 Kamm, 1 Mütze, 2 Hüte, 1 Kinderschürze, 2 Töpfe, 2 Brotbeutel, 1 Paket Bleistifte, 2 Frühstückstaschen, 1 Paket mit Wäsche, 1 Paket mit Strümpfen, Bluse usw., 1 Paket mit Brennscheren usw., 2 Paar Strümpfe, 3 Bücher, 2 Markttaschen, 1 Kinderschuh mit Strumpf. Die Empfangsberechtigten werden ersucht, ihre Rechte im Fundbureau, Berliner Straße 1, sofort geltend zu machen.

* **Zentralverband der Invaliden und Witwen, Ortsgruppe Halle.** Am Sonntag, dem 7. Mai, vormittags 10 Uhr, findet im „Volks-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220505-11/fragment/page=0005

markt" (Mittelzimmer) eine Mitgliederversammlung mit Morgenunterhaltung (Musik, Gesang, Rezitationen) statt. Gäste sind herzlichst eingeladen.

* Die Arbeiter-Samariter-Kolonne Halle weist noch einmal auf den am Freitag, dem 5. Mai, stattfindenden ärztlichen Vortrag hin.

* Eine Versammlung der kriegsbeschädigten Postbeamten und Postbeiseiten fand am Donnerstag in Wilsdorfs Gesellschaftshaus statt. Der Obmann der Kriegsbeschädigten, Kollege Koslowski, sprach über die Lage der Kriegsbeschädigten bei der Post und wies hierbei besonders auf die schlechten Anstellungsbedingungen für die Kriegsopfer hin. Es müsse festgestellt werden, daß heute alle diejenigen, die bereits 1920 und 1921 ihre Prüfungen abgelegt hätten, noch nicht angestellt worden seien. In der Aussprache wurde von den Vertretern des Internationalen Bundes und des Reichsbundes betont, daß eine engere Fühlung mit den Kriegsbeschädigtenorganisationen notwendig sei. Nach längerer Aussprache wurden zwei Resolutionen angenommen, die zur Beratung für die neue Besoldungsreform den Bundesvorständen der Kriegsbeschädigtenorganisationen als Material überwiesen wurden.

* Für die „Rote Hilfe" wurden während der Maifeierdemonstration in Halle von den ehemaligen Inhaftierten vom Brückenkopf in Wittenberg 193 Mk. gesammelt. — Von dem Genossen Schmidt in Halle wurden in der „Burgquelle" ebenfalls für die „Rote Hilfe" 117 Mk. gesammelt.

* 1858,50 Mark wurden durch Ueberschuß und Sammelgelder von Vergnügungen der Former in Halle für die „Rote Hilfe" aufgebracht. Genossen, Arbeiter, erlahmt nicht in dem Sammeleifer für Eure Kämpfer.

* Quartiere gesucht. Die Kommunistische Jugend veranstaltet in der Woche vom 7. bis 14. Mai einen Bildungskursus, an welchem 50 auswärtige Genossen teilnehmen. Wie bisher, so erwartet auch diesmal die Jugend, daß die Parteigenossen sie hierbei unterstützen und ihr Quartiere zur Verfügung stellen. Genossen, die Quartiere zur Verfügung haben, werden ersucht, dies der Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend, Lerchenfeldstraße 14 (Jugendsekretariat), zu melden.

Rietleben

Ausbeutung von Jugendlichen. Im Steinbruch der Portlandzementfabrik „Saale", Granau, werden Arbeiter unter 20 Jahren beschäftigt, die für einen ganz geringen Lohn dieselbe Arbeit leisten müssen, wie Arbeiter über 20 Jahre. Der Stundenlohn beträgt für Arbeiter von 17 bis 18 Jahren 8 Mk., von 18 bis 19 Jahren 9,10 Mk., von 19 bis 20 Jahren 10,20 Mk. und über 20 Jahre 11,30 Mk. Der geringste Lohn in der Umgegend, aber die schwerste Arbeit, zumal im Steinbruch. Vor zwei Jahren war die Löhnung der Arbeitsleistung der Jugendlichen angepaßt. Jetzt hat die Direktion es verstanden, ohne den Betriebsrat davon in Kenntnis zu setzen, diese Arbeitseinteilung abzuschaffen und jeder Arbeiter im Steinbruch muß in acht Stunden 20 bzw. 25 Wagen fahren, aber die vier Lohnklassen bleiben bestehen. Der Gauleiter des Verbandes der Fabrikarbeiter vom Gau 2 erklärte am 11. April in einer Betriebsversammlung, wir könnten doch nicht verlangen, daß Arbeiter von 18 Jahren an den vollen Lohn erhalten, da die Arbeiter erst von 20 Jahren voll arbeitsfähig sind. Jugendliche, schließt Euch zusammen und kämpft mit der klassenbewußten Arbeiterschaft gegen Ausbeutung der Arbeiterschaft durch die Unternehmer.

Kanena

Für die „Rote Hilfe" wurde bei einer Veranstaltung am Sonnabend der Kanenaer-Bruckdorfer Genossen und der vom 14. und 15. Distrikt ein Ueberschuß von 224 Mk. und durch eine Tellersammlung 237,10 Mk. erzielt, so daß im ganzen 461,10 Mk. an die „Rote Hilfe" abgeliefert werden konnten.

Dieskau

Eltern und Jugendliche, Euch geht es an. Besucht die am Sonntag, dem 7. Mai, nachmittags 4 Uhr, bei Schwarz stattfindende öffentliche Versammlung. Genosse A. Grade (Halle) spricht über das Thema: „Die Jugend im Daseinskampfe".

Zscherben

Für die „Rote Hilfe" wurden beim Proletarischen Werbesportlag am 30. April auf dem Sportplatz 150 Mk., in der Abendveranstaltung 204,10 Mk., gesammelt. — Am 1. Mai wurden für über 50 Mk. an Marken eingenommen. — Für die Hungernden in Sowjet-Rußland gingen durch Verkauf von Broschüren, Zeitungen und Marken über 60 Mk. ein. — Für unseren jugendlichen Genossen H. Taubert, der noch zwei Jahre hinter Kerkermauern schmachten muß, wurden zur Maifeier 92 Mk. gesammelt. — Genossen! Sammelt in jedem Betrieb, bei jeder proletarischen Veranstaltung für die „Rote Hilfe", damit die Familien unserer Genossen noch weiter unterstützt werden können.

Nach dem 1. Mai. Die Agrarier sind von der Haltung der Landarbeiter am 1. Mai doch etwas überrascht worden. Auch auf dem hiesigen Rittergute haben die Landarbeiter mittags die Arbeit eingestellt, um an der gemeinsamen Maifeier mit der übrigen Arbeiterschaft teilzunehmen. Damit nun der Agrarier keine Einbuße hat, erlischt jetzt der Inspektor, die Landarbeiter zu beeinflussen, die ausgefallenen Stunden des 1. Mai nachzuarbeiten. Einer jugendlichen Arbeiterin, die bei den Veranstaltungen der KPD. und der KJ. mitwirkte, und sich weigerte, nachzuarbeiten, ist bereits gekündigt worden. Durch solche Schikanen sollen die Landarbeiter den 1. Mai zu spüren bekommen. Landarbeiter, schließt Euch zusammen in der Einheitsfront der Klassenkämpfer.

Rauendorf

Der 1. Mai nahm auch hier einen glänzenden Verlauf. Um 3 Uhr setzte sich ein Demonstrationszug nach Priester in Bewegung. Abends fand noch eine gutbesuchte Versammlung statt, in der Genosse Grabow den 1. Mai würdigte und dabei die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiterschaft gegenüber den Ausplünderungsplänen der internationalen Kapitalisten besonders betonte. Die Versammlung war von über 300 Personen besucht.

Alsleben

Den 1. Mai beging das Proletariat von Alsleben würdig. Genosse Walter (Halle) hielt eine stimmungsvolle Rede über die Bedeutung des 1. Mai. Nach der Versammlung versammelten sich alle vor dem Lokal und demonstrierten unter zahlreicher Beteiligung durch den kleinen Ort Alsleben. Am Abend fand dann noch in einem Lokal eine Feier statt.

Hallisches Operettentheater

„Es zog ein Bursch hinaus . . ."

Daß eine Fürstlichkeit incognito eine Liebschaft mit einem „gewöhnlichen" Menschenkinde eingeht und nun von dem „hohen" Familienhaupt aufgesucht wird, daß dieses Familienhaupt eine verkalkte Adelsstraße ist „mit 5 Prozent Zucker" und halb blödsinnig — wurde im „Es zog ein Bursch hinaus . . ." wiederum vorgeführt, obwohl dies Motiv jetzt mindestens zum vierten Male von der Operettenbühne herabklingt.. Ich möchte für diese Eintönigkeit keineswegs die Direktion verantwortlich machen — vielmehr zeigt diese Tatsache erneut die Blässe und Unfruchtbarkeit der bourgeoisen Operettenfabrikation. Dieses Thema ist in der neuen Operette Otto Böhmes mit dem Studentenleben verflochten worden.

Die Musik ist melodienreich und ansprechend, das Orchester klappte tadellos. Die Aufführung: glänzend. Direktor Schur — ein prachtvoller Kouleurdienertyp. H. Süßenguth — der lebensfrische „Moppel" mit wohlgefälliger Stimme. Gretel Putz als Irene — Mizzi Durst als Hanna — Printz-Berndt als Vorsteherin eines Töchterpensionates, die trotz ihrer scheinbar „christlichen" Moral (und ihrer vorgerückten Jungfräulichkeit) — sich von den Studenten mit Obswein beschwipsen läßt und mit dem Kouleurdiener über die Bühne torkelt (Wie sagt der Berliner? Siehste, de hasse de Kiste) — alle gaben gute Leistungen. Das Publikum lag drei Viertel unter den Bänken . . . K. W.

Aus der Provinz

Die Zeitz-Weißenfelser Betriebsräte rufen zum Kampf

Eine am 3. Mai in Luckenau bei Zeitz stattgefundene Betriebsrätekonferenz des Zeitz-Weißenfelser Braunkohlenreviers nahm Stellung zur Schlichtungsordnung, die der Reichsrat in scharfen Worten geißelte. In der Diskussion wurde die Haltung der Führer des ADGB. scharf verurteilt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Betriebsräte des Zeitz-Weißenfelser Reviers verlangen von den drei Arbeiterparteien, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Schlichtungsordnung Stellung nehmen und versuchen müssen, die Gesetzwerdung dieses Entwurfs zu verhindern, gleichzeitig verlangt die Konferenz vom ADGB., daß er ganz entschieden dagegen auftritt. Die Belegschaften werden dazu Stellung nehmen und ihre Haltung in einem Telegramm an den Reichsarbeitsminister zum Ausdruck bringen.

Bei der Behandlung der Lohnfragen konnten sich die Betriebsräte **mit dem Vorgehen der Gewerkschaften nicht einverstanden erklären.** Die Resolution, die in dieser Frage in Bochum gefaßt worden war, wurde von allen Diskussionsrednern verworfen. Die Konferenz legte ihre Forderungen in folgender Resolution fest:

Die gesamte Arbeiterschaft im Bergbau hat die schmähliche Lohnpolitik, die die Verbände an ihrer Harmonieduselei mit den Grubenherren trieben, lange genug mitgemacht. Heute rächt sich unsere Langmut am eigenen Leibe. Während die Preise für Ernährung, Kleidung usw. in rapid steigender Kurve eine wahnsinnige Ausdehnung fanden, während durch fortgesetzte Inflation unserer Wirtschaft unser Reallohn zurückging, konnten wir nicht einmal eine auch nur nennenswerte Erhöhung unseres Nominallohnes erreichen. Für den Monat Mai, in dem sich die Teuerungswelle für die Arbeiterschaft zu noch drohenderer Gefahr entwickelt als im April, ist auch nicht einmal die Spur der Möglichkeit vorhanden, dem rapiden Preisanstieg eine dementsprechende Lohnerhöhung entgegenzustellen. Die Unruhe innerhalb unserer Belegschaften wächst von Tag zu Tag und es ist zu erwarten, daß diese eines Tages in verzweifelte Kämpfe lokaler Art umschlägt. Diese Möglichkeit zu unterbinden und alle Kräfte zu vereinigen im Sinne der gemeinsamen Aktion ist heute die Pflicht mit der schwerbedrängten Arbeiterschaft. Die nachstehenden Forderungen werden von uns als die Grundlage dieser Aufgabe betrachtet und gelten als das Minimum unserer Ansprüche:

1. **Sofortige Lohnverhandlung und 75 Prozent Lohnerhöhung für den Monat Mai.**
2. **Kohlenpreiserhöhung kommt für die Arbeitnehmerverbände auf keinen Fall als Gegenleistung an die Unternehmer in Frage.**
3. **Die Randreviere werden den Kernrevieren gleichgestellt.**
4. **Sofern bis 10. Mai die Zustimmung der Unternehmer zur Verhandlung auf dieser Grundlage noch aussteht, müsse der Kampf geschlossen in ganz Mitteldeutschland einsetzen.**

Ein Zusatzantrag zur vorstehenden Resolution besagt:

Wenn die Gewerkschaften bis zum 10. Mai keine Einigung herbeigeführt haben, daß dann bis zum 15. Mai eine Betriebsrätekonferenz für den Bergbau Mitteldeutschlands durch das Bezirkskartell einberufen werden müsse.

Nach einem Hinweis, daß alle Kameraden sich bei den Wahlen zum Gewerkschaftskongreß zu beteiligen und ihre Stimme den Kollegen der Opposition zu geben haben, fand die Konferenz ihr Ende.

Gewerkschafter, wählt zum Gewerkschaftskongreß!

Am 7. Mai wählen die oppositionellen Metallarbeiter

in der Wahlabteilung **Halle:** den Genossen Schumann;
in der Wahlabteilung **Artern:** den Genossen Lademann;
in der Wahlabteilung **Dessau:** die Genossen Müller und Schröder (Zeitz);
in der Wahlabteilung **Merseburg:** den Genossen Koenen (Merseburg);
in der Wahlabteilung **Alen:** den Genossen Mittermüller (Eisenburg).

Die Fabrikarbeiter wählen am 7. Mai die Genossen Michaelis-Eisenburg und Hufenreuter-Halle

Die Elektrifizierung der Provinz Sachsen

Wir haben gestern bereits kurz mitgeteilt, daß beim Provinziallandtag Anträge vorliegen, auf Bewilligung von 220 Millionen Mark zur Elektrifizierung der Provinz Sachsen. Die Anträge lauten:

1. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, den Provinzialverband an Unternehmungen, welche der öffentlichen Elektrizitätsversorgung dienen, in einer weiteren Höhe bis zu **20 Millionen Mark** unter den vom 30. Provinziallandtag festgelegten Bedingungen zu beteiligen und eine entsprechende Anleihe unter von ihm festzusetzenden Bedingungen aufzunehmen.

2. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, für weitere Darlehen von Unternehmungen, welche der öffentlichen Elektrizitätsversorgung dienen, bis zur Höhe von **200 Millionen Mark** die selbstschuldnerische Bürgschaft unter den vom 30. Provinziallandtag festgelegten Bedingungen zu übernehmen.

In der Begründung der Forderung dieses 220-Millionen-Kredits heißt es u. a.:

Was die zu 1 beantragten Mittel anbetrifft, so ist ein solcher Kredit erforderlich, um die Provinz in die Lage zu setzen, sowohl die notwendigen Kapitalerhöhungen bei denjenigen Unternehmungen, an denen sie bereits beteiligt ist, mitzumachen, wie auch Beteiligungen an bisher außerhalb des provinziellen Einflusses stehenden Unternehmungen zu erwerben.

Für die Beteiligung an noch außenstehenden Unternehmungen kommen die Ueberlandwerke Langensalza-Mühlhausen, Crottdorf, Ostharz, Schönebeck, Weißenfels-Zeitz u. a. m. in Frage, deren Eingliederung in die provinziellen Pläne für die Erreichung einer geregelten Elektrizitätswirtschaft erwünscht ist. In Betracht kommt auch die Beteiligung an Großkraftwerken und, wenn möglich, an Kohlengruben, die deren Belieferung dienen.

Durch die vorausgegangenen Provinziallandtage sind für Beteiligungen bisher 47,35 Millionen bewilligt worden; von diesem Betrage stehen noch rund 15 Millionen zur Verfügung.

Der Geldbedarf der Elektrizitätswerke ist ein so großer, daß er allein durch Erhöhung des Stammkapitals nicht gedeckt werden kann, sondern durch Darlehen aufgebracht werden muß. Namentlich werden diese Darlehen für das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A.-G. („Esag") benötigt werden. Zur Ausführung des für den Ausbau ihres Leitungsnetzes und ihres Kraftwerkes in Groß-Kayna aufgestellten Bauprogramms ist noch ein Betrag von 186 Millionen ungedeckt. 60 Millionen davon (und zwar für den Anschluß der Kraftwerke Thüringen und Apolda) zu beschaffen, haben die seit Beginn dieses Jahres an der Esag beteiligten Reichs-Elektro-Werke in Aussicht gestellt, so daß eine Summe von 126 Millionen verbleibt, zu der ein Betrag von 12 Millionen für die zweite Leitung Golpa-Magdeburg hinzutritt, den zu übernehmen der Provinzialausschuß, vorbehaltlich der Kreditbewilligung durch den Provinziallandtag, bereits beschlossen hat. Dieser Bedarf von insgesamt 138 Millionen wird abzüglich einer vielleicht mit 25 Millionen zu bemessenden Kapitalerhöhung mit rund 115 Millionen mittels Inanspruchnahme der Provinzialbürgschaft aufzubringen sein.

Die „Landelektrizität" benötigt für das für die Zeit vom 1. Juli 1921 bis 31. Dezember 1922 aufgestellte Bauprogramm eine Summe von 72,5 Millionen, von der 41 Millionen bereits aus Kapitalerhöhung, früher bewilligten Darlehen und inneren Reserven zur Verfügung stehen, so daß noch rund 30 Millionen auf Grund der Provinzial-Bürgschaft aufgenommen werden müssen. In der „Landelektrizität" arbeiten bisher außer 25 Millionen Stammkapital 41,5 Millionen durch die Provinz garantierte und 23,5 Millionen anderweite Darlehen, insgesamt rund 90 Millionen Mark.

An Zinsgarantien werden ferner zu übernehmen sein zum Ausbau des Kraftwerkes Thüringen, insbesondere dessen Anschluß an die Esag, etwa 17 Millionen. In dem Kraftwerk Thüringen sind bisher festgelegt 6 Millionen Aktienkapital (Erhöhung um 8 Millionen beschlossen), 6 Millionen durch die Provinz garantierte und 6 Millionen Obligations-Anleihen.

Weiterhin ist von dem Provinzialausschuß der Ueberlandzentrale Südharz bereits eine Bürgschaft über 6 Millionen Darlehen zugesagt worden. In Südharz arbeiten jetzt 10 Millionen Gesellschaftskapital und 26,5 Millionen Darlehen, die mit 20,5 Millionen von der Provinz, mit 6 Millionen von anderen Kommunalverbänden garantiert sind.

Außer den angeführten Bürgschaften werden voraussichtlich noch solche für Südharz wie für andere Unternehmungen, an denen der Provinzialverband sich zu beteiligen gedenkt, erforderlich werden (z. B. 9 Millionen für den Fall des Erwerbs des **Elektrizitätswerks Weißenfels-Zeitz** usw.). Für diese wird ein Bürgschaftskredit von etwa 30 Millionen Mark nötig sein.

Eine Stimme der Vernunft

Dank der Halbheit rechtssozialistischer Politik nimmt die Stinnesierung im Reiche immer größere Formen an. Staat und Gemeinden sind längst dazu übergegangen, sogenannte Staats- oder Kommunalbetriebe der Privatwirtschaft zuzuführen. Die Forderungen des ADGB. um die Erfassung der Sachwerte waren nur ein Lippenbekenntnis, und es muß beschämend für die Rechtssozialisten sein, wenn **Stimmen aus dem Bürgertum** laut werden, die zur Gesundung unseres staatlichen Organismus und Wirtschaftslebens nur den Ausweg: **„Die Erfassung der Sachwerte"** sehen.

Der „Dresdener Anzeiger" nimmt in seiner Nummer 191 vom 24. April 1922 zu dieser Frage Stellung, indem er einen Bericht über die Eindrücke bei der Besichtigung sächsischer Braunkohlenlager bringt. Er schreibt:

„. . . . . Seitdem sich der Staat Sachsen in großzügiger Weise der Ausbeutung seiner Braunkohlenlager zum Nutzen der sächsischen industriellen Entwicklung angenommen hat, verdienen diese die verständnisvolle Aufmerksamkeit der weitesten sächsischen Oeffentlichkeit. Unsere Bevölkerung kann nur durch stetiges Weiterschreiten der gewerblichen Entwicklung des Landes ernährt und auf angemessenem Kulturstande erhalten werden. Dazu bedarf es heute einer sich dauernd steigernden Versorgung mit elektrischer Kraft. **Nur der Staat kann diese gewährleisten.** Denn nur er ist in der Lage, die Aufgaben großzügig genug anzupacken. Der Staat ist es auch, der als solcher allen Anlaß hat, Riesenwerke zu schaffen, die nicht nur durch Kraftversorgung dem Lande dienen, sondern auch **Einnahmequellen** erschließen, die ihm die Fortführung aller seiner anderen Kulturaufgaben ermöglichen. Seitdem ihm die unmittelbare Ausnutzung der Hauptsteuerquellen genommen ist, **muß er durch eigene Wirtschaftsarbeit einen möglichst großen Teil dessen erwerben, was er zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse braucht, und muß aus einem bloßen Verwaltungsstaate in höherem Maße als bisher Wirtschaftsstaat werden.** Die Reparationsleistungen lassen dem deutschen Wirtschaftskörper so wenig Blut zum Leben übrig, daß der Versuch gemacht werden muß, ihm auf jede Weise neues Blut zuzuführen durch **Errichtung erwerbender Staatsbetriebe."**

Wenn doch die Männer vom ADGB. und die Rechtssozialisten soviel Einsicht und Courage aufbringen wollten, um das mahr zu machen, was der „Dresdener Anzeiger" als den einzigen Ausweg aus dem Wirtschafts-Chaos bezeichnet.

Pfiffige Grundbesitzer

Das Verpachten von Land war immer ein gutes Geschäft. Für den Grundbesitzer war kein Risiko dabei. Ob die Sonne schien, ob es regnete oder Hagelschlag die Fluren verwüstete — der Verpächter steckte die Pachtsumme ein. Nur ein Schmerz blieb ihm: Gab's eine sehr gute Ernte, dann hatte der Pächter, der je allein die Arbeit geleistet, einigen Vorteil; der Grundbesitzer durfte ihm nicht mehr abnehmen. Nun ist dieser kleine Schmerz auch beseitigt. Ist die Ernte schlecht — der Grundbesitzer bekommt gute Pacht; ist die Ernte gut, dann muß der Pächter von dem Mehrertrag ein gutes Teil abgeben. Das macht man so: Land wird nicht mehr zu festen Sätzen verpachtet, sondern gegen einen Ernteanteil. Der Pächter muß z. B. für einen Morgen Land 4 bis 5 Zentner Weizen oder den Preis dafür abgeben, der zur Erntezeit notiert wird. Die Verpächter sind nun fein heraus. Ist die Ernte schlecht, springt der Preis hinauf; gibts eine gute Ernte, dann hat der Verpächter den höchsten Satz, der nach den bisherigen Erfahrungen überhaupt durch die Ernte zu erlangen war.

Die Agrarier verstehen es also ausgezeichnet, ihre Profite zu erhöhen. Um so mehr zugeknöpft sind sie aber, wenn die Landarbeiter einige Pfennige Lohnerhöhung fordern. Dann schreien die Krautjunker Zeter und Mordio. Klappern gehört bei ihnen zum Handwerk.

Sie betrügen sich selbst

Die unabhängige „Volkszeitung" berichtete von ihrer Levi-Versammlung in Merseburg, daß dieselbe sehr gut besucht war und daß die Massen des Merseburger Proletariats bei der USPD. stehen. Dabei waren von den 135 Besuchern dieser Versammlung noch ungefähr 50 Kommunisten. In Nebra hielt die USPD. eine öffentliche Versammlung ab, in der der Abg. Knuert sprach. In bombastischen Worten verkündet die „Volkszeitung", daß die USPD. es nun endlich ermöglicht habe, in Nebra eine öffentliche Versammlung zustande zu bringen und die Arbeiterschaft aus der Gleichgültigkeit aufzurütteln. Arme „Volkszeitung"! Arme USPD.! **Auch durch diesen Selbstbetrug wird die immer mehr aufgehende Erkenntnis der Massen, daß die Sammlung des Proletariats nur in den Reihen der Kommunistischen Partei zum Siege führt, nicht aufgehalten, aber die Abrechnung der USPD.-Mitglieder mit ihren Führern wird dann um so kräftiger sein.**

Zimmerleute, übt Solidarität!

Zu dieser Notiz unserer gestrigen Ausgabe wird uns noch ergänzend mitgeteilt:

Die angegebenen Lohnsätze beziehen sich nur auf das Merseburger Tarifgebiet und das Geiseltal. Für die im Streik gestandenen Magdeburger und Aschersleberer Zimmerleute sind 20 Mark Extrabeitrag unbedingt zu zahlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220505-11/fragment/page=0006

Merseburg

Die Merseburger Metallindustriellen auf dem Kriegspfad. Die Metallindustriellen von Merseburg waren bis zum März d. J. mit ihren Belegschaften stets dahingehend einig geworden, daß die Tarifsätze der in Halle organisierten Metallindustriellen mit einem gewissen Aufschlag auch hier in Merseburg Geltung haben sollten. Neugestellte Forderungen haben nun aber den Unwillen der Metallindustriellen erregt und sie beschlossen deshalb korporativ, dem Hallischen Metallindustriellen-Verbande beizutreten. Bedingung wurde dabei, daß die Löhne der Hallischen Metallindustrie ohne jeden Zuschlag hier in Merseburg gelten sollen. Das hat wiederum bei den Metallarbeitern böses Blut gemacht. Die Metallindustriellen sind nun dazu übergegegangen, sogenannte schwarze Listen einzuführen. Es ist in einem Falle festgestellt worden, daß zwei Former, die im alten Betrieb mehr Lohn verlangten und, als das abgelehnt wurde, anderweitig Arbeit suchten, von dem neuen Arbeitgeber abgelehnt wurden, weil in solchen Fällen nach dem Beschluß der Industriellen eine Einstellung nicht erfolgen darf. Bleiben letztere auf diesem Standpunkt stehen, sind Komplikationen wahrscheinlich.

Delitzsch

„Ein Kriegerehrenmal eigener Art" nennt das hiesige Lokalblättchen das Kriegerdenkmal, das auch hier errichtet werden soll. Ohne dem geht es anscheinend nicht. Zur Ausarbeitung eines Entwurfs hat man einen Berliner Professor Hosaeus sich geholt, der das Denkmal mit dem „Breiten Turm", dem „Wahrzeichen der Stadt", in Verbindung bringen und eine verlängerte Nische des Turmes mit einem „mächtigen gemauerten Schwert" füllen will. Die Kriegerhinterbliebenen können dann den Steinhaufen mit dem großen Schwert ansehen und man hofft, daß sie dabei das Knurren des hungrigen Magens überhören.

Queiß

Die Maifeier nahm hier unter starker Beteiligung einen würdigen Verlauf. Zur Verschönerung der Feier wirkten der Arbeiterturnverein Osmünde und Arbeitergesangverein Queiß mit. Die für die „Rote Hilfe" vorgenommene Sammlung ergab das schöne Ergebnis von 219,60 Mk.

Gräfenhainichen

Die diesjährige Maifeier war vom Gewerkschaftskartell Gräfenhainichen-Zschornewitz arrangiert worden. Frühmorgens fand ein Ausflug nach dem Forsthaus Jösigk statt. Der Demonstrationszug begann nachmittags ¼4 Uhr. Musik, die verschiedenen Arbeitervereine, die Parteien, die Arbeiterjugend, dazwischen Fahnen und Schilder. Anschließend auf dem Marktplatz Versammlung. Abends 7 Uhr fand Unterhaltung statt mit verschiedenen Aufführungen. Die Feier verlief in bester Weise.

Torgau

Wie es in den Gefängnissen aussieht, schildert ein in Torgau inhaftiert gewesener Genosse. Am 2. März war bereits eine Schilderung über das berüchtigte Fort Zinna im „Klassenkampf" erschienen, worauf „prompt" am 8. April eine sogenannte Berichtigung unseres bekannten juristischen Mitarbeiters Mackeldey in Naumburg erschien, derzufolge natürlich in Fort Zinna alles in bester Ordnung sei. Der eingangs erwähnte Genosse, der diese „Berichtigung" las, schreibt dazu u. a. folgendes: Als ich diese Berichtigung las, nach der in Torgau bei den politischen Gefangenen alles in Ordnung gewesen sein soll, besonders in hygienischer Beziehung, so muß ich sagen, daß der Generalstaatsanwalt sich ohne Zweifel nicht immer gut berichten ließ. Nicht in Zinna allein, sondern auch in anderen dortigen Strafanstalten bestanden große Mängel, die sich trotz allen Drängens der Politischen so gut wie gar nicht beachtet wurden. In den Sommermonaten vorigen Jahres war es besonders schlimm. Der Herr Generalstaatsanwalt behauptet, daß sich Gefangene keine ansteckenden Krankheiten usw. dort zugezogen hätten. Dies stimmt nicht! Es ist festgestellt, daß Gefangene sich eine gräßliche Hautkrankheit darin geholt haben, die sie auch mit nach Hause genommen haben und damit, trotz sofortiger ärztlicher Behandlung, noch die Familie angesteckt haben. Noch heute wird an dieser Krankheit geheilt. Als dieser Entlassene eine befreundete Familie besuchte, in welcher der Mann ebenfalls kurz vorher aus Torgau zurückgekehrt war, klagte die Frau ebenfalls über diesen Hautausschlag, den ihr Mann mitgebracht habe. Vorher haben beide so etwas nicht gekannt. Das sind nur zwei Fälle, die sich mehren. Die Wanzen und Läuse in den Zellen sind zu Dutzenden, ja täglich bis zu 50, 60 totgeschlagen worden. Die ganze Pritsche ist umgekippt worden und so das Ungeziefer vertilgt. Immer wieder kam es zum Vorschein. Unter den abgeschraubten Leisten der Pritsche lagen dichte Schwaden Wanzen. Es wurde gemeldet. Die Wärter erklärten einfach: „Ja, das ist nun einmal so und läßt sich nicht ändern." Gemacht wurde nichts von der Anstalt. Man behalf sich so gut und schlecht, wie es ging. Eine Reinigung oder Desinfektion gegen Wanzen habe ich im „Fischerdörfchen" nicht erlebt. Ein Wunder ist es nicht, wenn solche Krankheiten aufgetreten sind. Kleine Zellen, stark belegt, infolge nur eines kleineren Fensters schlechte Luft. Dann kam hinzu noch der bekannte Kübel, der mit dem Unrat in dieser Zelle ausdünstete bei der furchtbaren Hitze. Es gab auch ab und zu mal ein Bad. Das war ja nun die Krönung auf dem Gebiet der „Hygiene". Unten im Keller in einer Wanne wurde es genommen. Nicht etwa jeder bekam frisches Wasser, sondern es badeten immer mehrere in ein- und demselben Wasser. Auch war viel zu wenig drin. In der Regel bis an die Fußknöchel, wenn man darin stand. Hatte der Vordermann gebadet, so war das Wasser mit einer schmutzigen Schicht oben bedeckt. In der Nacht kamen dann wieder die Wanzen und peinigten uns. Daß bei solchen Verhältnissen, Woche für Woche, die Gesundheit leidet, muß selbst der Herr Generalstaatsanwalt zugeben. Sollte er aber zweifeln, so ist ein praktischer besser als wie das „Einfordern" von Berichten. Die von mir aufgestellten Behauptungen über das Fort Zinna und das Brückenkopfgefängnis entsprechen den Tatsachen. Woher der Staatsanwalt seine „Informationen" hat, können wir uns ungefähr denken. Diese Leute, die ihn informiert haben, besitzen nur Interesse an der Erhaltung ihres Postens und deshalb müssen sie schon in diesem Sinne informieren. Von uns sind diese Leute ja zurzeit nicht abhängig, sondern von Ihnen, Herr Staatsanwalt. Ich möchte bemerken, daß ich kein Feigling bin und der Wahrheit ins Gesicht sehe und ich nicht zittere, selbst wenn ich nochmals mit dem Gefängnis in Berührung komme. Es hat zu allen Zeiten Menschene gegeben, die für ihre Ideale gelitten haben und ihr Leben hingaben. Auch heute gibt es solche Menschen unter dem Proletariat, die für die Wahrheit eintreten bis zu ihrem letzten Atemzug. Und es kommt die Zeit, da auch das Proletariat sich wieder erhebt. Dann dürften Sie, Herr Staatsanwalt, eine überflüssige Erscheinung sein.

Eisleben

Die „armen" Grubenbarone. In der nach Leipzig einberufenen Aufsichtsratssitzung der Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb wurde beschlossen, der ordentlichen Generalversammlung die Verteilung von 10 Prozent Dividende auf das dividendenberechtigte Aktienkapital von 70 Millionen Mark vorzuschlagen. Diese Dividende entspricht der im Vorjahr von der Mansfeldschen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft auf die Kuxe gezahlten Ausbeute von 100 Mark. Es wurde weiter beschlossen, die Verlängerung der Frist, die für die Einreichung der Kuxscheine bei der Kuxenumschreibungsstelle der Mansfeldschen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft läuft, bis zum 1. Juni zu erstrecken, unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß eine weitere Verlängerung ausgeschlossen ist.

Sangerhausen

Zu dem Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Sangerhausen meldet die „Sangerhäuser Ztg." noch folgende Einzelheiten: Ein ziemlich langer Güterzug lief von Riestedt her in die hiesige Station ein. Am Getreidespeicher der Firma R. Witschel Nachf. überfuhr die schwere Lokomotive des Zuges ein sog. Herzstück, und durch irgendeinen Umstand sprang sie dabei aus den Schienen und bohrte sich mit den Rädern in das Erdreich ein. Infolge des starken Gefälles von Riestedt her drückten die nachfolgenden Wagen, und da die Lokomotive festgefahren war, schoben sich die Wagen mit ungeheurem Getöse ineinander und legten sich zum Teil quer. Der Packwagen, in dem der Zugführer und einige andere Bahnbeamte sich befanden, wurde völlig zusammengedrückt. Der Zugführer, ein Beamter aus Güsten, ist tot; ein anderer ist so schwer verletzt, daß er kaum mit dem Leben davon kommen dürfte. Bei dem Ineinanderschieben der Wagen kam einer derselben auf das Nebengleis zu, auf dem eben ein anderer Güterzug ausfuhr. Dadurch wurden die letzten Wagen dieses Zuges abgerissen und vergrößerten den Schaden. Zehn bis fünfzehn Güterwagen sollen zertrümmert sein. Die Unglücksstelle bildet einen ungeheuren Trümmerhaufen. Der Materialschaden ist sehr groß. Die beiden Verunglückten sollen Beamte aus Güsten und verheiratet sein. Wenn der einfahrende oder ausfahrende Zug ein Personenzug gewesen wäre, wäre das Unglück gar nicht auszudenken. Die Ursache des Unglücks ist ein leider sehr schwerwiegender Zufall. Jedenfalls hat in dem Herzstück sich eine Radschiene geklemmt und dadurch die Lokomotive, eine der schwersten Maschinen, die wir haben, zur Entgleisung gebracht.

Nordhausen

Unternehmergewinne. Die Betriebsergebnisse der Deutschen Schachtbau-A.-G. Nordhausen stellen sich für das Jahr 1921 auf 2 507 777 (1 772 809) Mk. Nach Abschreibungen von 39 701 (40 676) Mk. ergibt sich ein **Reingewinn** von 1 419 403 (943 220) Mk., woraus 40 (30) Prozent **Dividende** ausgeschüttet und 265 615 (114 520) Mk. neu vorgetragen werden.

Köthen

Vorsicht vor Salmiakgeist. Beim Einholen von Salmiakgeist trank hier ein sechsjähriger Junge von der Flüssigkeit und erlitt schwere Verletzungen.

Halberstadt

Wer gehängt wird! Das Wuchergericht erkannte gegen den Mehlschieber Friedrich Schulze aus Aschersleben und Frau Hedwig Wiehle aus Hettstedt, sowie die Arbeiterin Else Gentsch aus Nebra wegen Schleichhandels bzw. Beihilfe dazu auf 1 Monat Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe für den Oberschieber, auf kleine Geldstrafen für die übrigen.

Duderstadt (Eichsfeld)

Typhusepidemie. Eine große Typhusepidemie im Umfange von bisher 80 Erkrankungen und einigen Todesfällen ist hier ausgebrochen.

Neue Druckschriften

Das Protokoll der Berliner Konferenz. Im Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung erscheint in den nächsten Tagen das vom Neunerkomitee der Konferenz herausgegebene authentische Protokoll der internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922. Es ist 52 Seiten stark und wird etwa 25 Mk. kosten.

Die hohe Bedeutung dieser erstmaligen Zusammenkunft der Vertreter aller Richtungen der Arbeiterbewegung nach siebenjähriger Zerrissenheit und Spaltung verleiht der Wiedergabe der dort gehaltenen Reden, der abgegebenen Erklärungen und gefaßten Beschlüsse den Charakter eines historischen Dokuments. Zum erstenmal wieder hat eine Aussprache zwischen den verschiedenen Anschauungen innerhalb des Sozialismus, geführt von den hervorragendsten internationalen Vertretern der Arbeiterbewegung, stattgefunden; zum erstenmal wieder liegt ein Dokument vor, an welchem die Anhänger aller Richtungen gleichen Anteil nehmen. Für jeden, der in der Arbeiterbewegung steht oder sich für ihre Probleme interessiert, ist daher diese Darstellung eines der bedeutsamsten politischen Ereignisse der Gegenwart: des Wiederaufbaus der proletarischen Internationale unentbehrlich.

Sport

Turn- und Sportverein „Fichte" (Fußball-Abteilung). Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, spielt Fichte I. gegen Hertha I.-Lettin auf den Brandbergen. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr im „Lindenhof". — Das Spiel gegen Wacker-Köthen konnte wegen schlechter Bodenverhältnisse nicht ausgetragen werden. — Freitag, den 5. Mai, nach der Turnstunde, wichtige Besprechung der Abteilung.

HFC. „Minerva 08". Am Sonntag, dem 7. Mai, finden folgende Spiele auf unserm Platze, am „Rosengarten" statt: Um 10 Uhr vormittags: Minerva II. Schüler — Ammendorf II. Schüler; 11 Uhr vormittags: Minerva Jugend — Kanna Jugend; 1 Uhr: Minerva I. Schüler — Dölau I. Jugend; 2 Uhr: Ausscheidungsspiel Kanna II. — Ammendorf III.; 3½ Uhr: Minerva I. — Dölau I. und 5 Uhr: Minerva II. — Dölau II. Außerdem wird unsere III. Mannschaft das Ausscheidungsspiel gegen Cröllwitz III. um 3 Uhr auf dem Sportlustplatze geben. Die Aufstellung der Mannschaften wird am Sonnabend in der Versammlung bekanntgegeben. Erscheinen aller ist Pflicht.

HFC. „Teutonia 08". Spielbericht vom 3. und 4. Mai: Teutonia I. — Gröbers I. Jugendspiel fiel aus. — Spiele am 7. Mai: Teutonia I. — Reideburg I. 4 Uhr Brandberge; Teutonia Jugend — Reideburg Jugend ½3 Uhr Brandberge. Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 Uhr, treffen sich alle Sportgenossen im „Lindenhof".

T.-V. „Die Naturfreunde". Am Sonntag, vormittags 9 Uhr: Probe auf der Peißnitz. Nachmittags 2 Uhr: Abmarsch vom Hallmarkt nach der Peißnitz zum Weihefestspiel. Alle Spieler, auch solche mit Mandolinen, müssen mitwirken. Zur Probe und zum Nachmittagsumzug müssen die Orts-, Jugend- und Kindergruppen vollzählig erscheinen.

FK. „Askania", Mittleben. Unsere 1. bis 3. Mannschaft beteiligten sich am 30. April beim Werbesporttag in Zscherben und spielten: Askania I.—Sportlust Halle I. 4:2, Askania II.—Reideburg II. 3:3, Askania III.—Reideburg III. 4:2.

Sportsfreunde
Beim nächsten Bedarf von Drucksachen denkt an die Druckerei des „Klassenkampf", Halle,

Lerchenfeldstr. 14; sie liefert Statuten, Programme, Mitteilungsblätter, Karten usw. schnell, gut und preiswert. Fernruf Nr. 2251

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Kroh, Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Unerschöpflich ist die Fülle unserer **preiswerten Angebote** in guten **Qualitätswaren.**

Besonders empfehlen:

Woll-Batiste	Kleiderstoffe	Kostümstoffe	Serge
mit Kunstseide, 90 cm breit, in vielen Farben	einfarbig, reine Wolle, doppeltbreit	Noppen und Melangen, 130 cm breit	105 cm breit, reine Wolle, in vielen Farben
Meter 68,00	Meter 86,50	Meter 89,50	Meter 145,00

Wasch-Krepps	Dirndl-Stoffe	Schleierstoffe	Wollmusseline
in vielen Farben, 90 cm breit	Musseline, imitiert, in neuer Ausmusterung	bestickt, in großer Musterauswahl	prima Qualitäten Meter 125,50 110,00
Meter 36,50	Meter 38,50	Meter 47,50	95,00

Fesche Kappen	Backfischhüte	Fantasiehüte	Elegante Hüte
sehr kleidsam 95,00 55,00	reizende Garnituren 125,00 75,00	aus Tüll- oder Roßhaarborten 275,00 225,00	Modellformen, mit vornehmster Garnitur 425,00 350,00
22,50	35,00	175,00	225,00

Waschkleider	Wollkleider	Weiße Blusen	Voile-Blusen
aus duftigen Stoffen, entzückende Macharten 875,00 575,00 245,00	prima Stoffe, schicke Formen 1200,00 595,00 275,00	Kimonoform, mit reicher Garnitur 225,00 195,00 90,00	mit Jabot und langen Aermeln 465,00 375,00 265,00
145,00	197,00	75,00	98,50

Geschäftshaus **J. Lewin** Marktplatz 2 und 3.

Leben · Wissen · Kunst

Der Liebe Pilgerfahrt

Roman von Upton Sinclair*)

25] In seiner Verzweiflung ging Thyrsis unter die Schreiber von Bettelbriefen. Er schickte lange Berichte seiner verzweifelten Lage an bekannte Philanthropen — ahnte nicht, daß die Sekretäre der Philanthropen derartige Schreiben täglich stoßweise in den Papierkorb werfen. Sooft er von Männern oder Frauen, die für das Allgemeinwohl Interesse bezeugten, las oder hörte, schrieb er ihnen, erklärte, er sei am Verhungern, flehte sie an, sein Buch zu lesen. Auch seine Bekannten ging er um Geld an, das er jedesmal gewissenhaft zurückgab, sobald er ein Honorar erhielt. Niemand vermochte seine völlige Schamlosigkeit in dieser Beziehung zu begreifen, niemand ahnte die Glut seiner Seele, die ihm ermöglichte, jede Demütigung hinzunehmen, lieber jede Schmach, jede Beschimpfung zu erdulden, als sich wie ein Toter zu fügen. Die Leute hatten über dieses Thema feststehende Ansichten: ein Mann muß sich selbst sein Brot verdienen. Dies stimmte, wenn ein Mensch bloß für sich selbst da war. Wie aber, wenn er für die Menschheit arbeitete, keine Zeit fand, an die eigenen Interessen zu denken? War dies wirklich eine Schande? Hätte Jesus lieber bei seinem Zimmermannshandwerk bleiben, nicht die Bergpredigt predigen sollen? Oder wäre die Bergpredigt geredefertigt gewesen, hätte er nachher abgesaumelt und eine hohe Summe ergickt? Während Thyrsis sich mit dem Satz beschäftigte: jeder Mann muß sich selbst sein Brot verdienen, beobachtete er das Leben der Leute, die diese Wahrheit verkündeten. Was taten denn sie, um den Lazarus, den sie genossen, zu verdienen? Wie stand es um die Zehntausende, die in Müßiggang lebten, Riesenvermögen, die sie nicht erworben hatten, für Wohlleben und Prunk verausgabten? Jedesmal, wenn Thyrsis auf die Straße ging, stach ihm dies ins Auge. So viele Millionen werden für Laster und Torheit vergeudet, für die Kunst gibt es keinen Pfennig! Diese Erkenntnis erfüllte ihn mit einer furchtbaren Bitterkeit, die in späteren Jahren die Welt erschrecken sollte.

IV

Er durfte Corydon nicht bei ihren Eltern besuchen, doch trafen sie sich auf der Straße, schlenderten im Park herum, ein klägliches, betrübtes Paar. Sie saßen in der Kälte auf einer Bank, plauderten von ihren Hoffnungen und Zielen. Corydon berichtete ihm die Ansichten ihrer bourgeoisen Welt, und sie verfluchten gemeinsam diese Welt und ihre Bürger.

Die Zeit verging, der Gedanke an Corydons schwere Stunde hing wie eine schwarze Gewitterwolke über ihnen. Unerbittlich verflossen die Tage; gegen Weihnachten war die Geburt zu erwarten; bis dahin mußten sie Geld haben. Aber woher sollte es kommen?

Eine von Corydons reichen Freundinnen hatte ihr von einem berühmten Arzte erzählt, und Corydon suchte ihn auf. Er besaß eine vornehme Privatklinik, und seine Preise waren unerschwinglich. Freilich schien er sich für Corydon zu interessieren, bat an, ihr „entgegenzukommen", doch verlangte er noch immer hundertfünfzig Dollars; woher sollte Thyrsis diese Summe nehmen? Auch hier zeigte sich der Fluch der Umgebung, in der die beiden aufgewachsen waren; sie wußten nicht, wie arme Frauen die Geburt überstanden, fürchteten sich geradezu, sich danach zu erkundigen. Corydon hatte sich in den Kopf gesetzt, in der Klinik entbunden zu werden. Thyrsis dachte, er würde sich niemals verzeihen, wenn ihr Unheil zustieße.

Aus angekündigten Tagen wurden Wochen, aus Wochen Monate, und noch immer war es Thyrsis nicht gelungen, die nötige Summe zu verdienen. Da kam ein Lichtstrahl; zwei Redakteure schrieben Thyrsis: „Der Hörer der Wahrheit" gefalle ihnen, einer versprach, die Arbeit abzudrucken. Thyrsis begab sich zum Chirurgen, setzte ihm seine Lage auseinander. Der Redakteur legte den „Hörer der Wahrheit" in sein Pult, vergaß das Manuskript völlig; inzwischen wartete Thyrsis voller Angst und Schmerzen. Als er schließlich nicht länger warten konnte, verkaufte er seine Geige für fünfunddreißig Dollars.

Selbst am Tore des Lebens verfolgten Thyrsis die Gespenster der Not, schlichen ihm in die Klinik nach. Sie war prächtig eingerichtet, zeigte dem jungen Manne alle Möglichkeiten der Wissenschaft und Zivilisation. Doch war dies den Reichen, Sorglosen zugedacht, für ihn gab es hier keinen Platz. Wie seltsam stach doch alles von der Mietskaserne ab. Hier erblickte man reiche Frauen, hübsch, mit zarter, gepflegter Haut, in kostbare, schimmernde Schlafgewänder gehüllt. Und er stand da, zerlumpt, mit hagerem Gesicht, hungrigem Magen und noch hungrigerem Herzen. Was bedeutete es den ihn anstaunenden Leuten, daß er Meisterwerke der Literatur geschaffen hatte, daß er der Träger einer neuen Religion war? Thyrsis wich vor den Menschen zurück, ihm war zumute, wie einem verprügelten Hund, der sich zusammenkauert, noch ehe er geschlagen wird.

V

Doch verbarg er solche Gedanken vor Corydon. Wie sehr ihn auch die Leute verachteten, für sie hatten sie keinen Tadel, diese Bitterkeit konnte ihr erspart bleiben. Wie schön sie war, in dem schneeweißen Bett, duftige Spitzen um Hals und Arme! Sie schien die Göttin der Mutterschaft zu sein, ein heller Schimmer lag auf ihrer Stirne. Auch sie sollte Blumen neben sich haben, die ihr von Hoffnung und Freude sprachen. Er kaufte ihr drei armselige kleine Nelken, und Corydons Augen füllten sich mit Tränen, denn sie wußte, er bleibe ohne Mittagessen, um ihr die Blumen schenken zu können.

„Du wirst bei mir bleiben," bat sie, und er versprach es ihr. Sie wollte ihn immer vor Augen haben, und er verbrachte die Nacht bei ihr und den folgenden Tag. Bismeilen merkte er, daß ihre Gedanken abschweiften, während er ihr vorlas, und er sah Angst in ihren Augen. „O Thyrsis," flüsterte sie, „ich bin ja selbst noch ein Kind, bin es nicht wert, Mutter zu werden." Er versuchte, sie zu beruhigen, doch empfand er selbst heftige Sorge, und nun galt es zu warten. Sie waren beide in der Hand der Natur, die sie hierhergeführt hatte. Nun sollte vor ihnen das Ziel der Natur enthüllt werden, sie sollten den Grund aller ihrer Handlungen erfahren. Sie glichen zwei Kindern, die durch ein dunkles Tal wandern; Hand in Hand strebten sie vorwärts, hoben die Augen auf zu den Gipfeln, spähten nach dem ersten Lichtstrahl des Morgens.

VI

Von draußen drang der Lärm der Stadt durch das Fenster. Wie seltsam, daß jetzt, wo ihrer so Großes harrte, Trams schrillen, Zeitungsverkäufer rufen, müde Menschen heimeilen konnten. Thyrsis gab diesem Gedanken Ausdruck, und der Arzt, der seine Worte hörte, meinte lächelnd: „Jede zweite Sekunde wird ein Kind geboren."

Zwei weißgekleidete Pflegerinnen unterstützten den Arzt. Die eine war grauhaarig und ältlich, die andere jung und hübsch. Anscheinend empfand sie Sympathie für Corydon.

„Wird es sehr weh tun?" fragte diese ängstlich.

Doch bevor noch zu einer Antwort Zeit gewesen wäre, erblaßte sie und griff mit einem leisen Schrei nach Thyrsis' Hand.

„Was fehlt dir?" fragte er erschrocken.

Ihre Finger umkrampften die seinen, sie schrie laut auf.

Der Arzt trat ans Bett. „Das bedeutet nichts," sagte er freundlich lächelnd. „Ich werde sie gleich untersuchen."

Er wandte sich ab. Thyrsis und die junge Pflegerin hielten Corydons Hände, flüsterten ihr tröstende Worte zu. Sie sank zurück, warf sich stöhnend hin und her. Der Arzt traf seine Anordnungen und untersuchte Corydon. „Alles ist in schönster Ordnung," sagte er. „Fräulein Mary, ich gehe heute abend ins Theater. Man wird mich etliche Stunden nicht brauchen."

Thyrsis fuhr erschrocken in die Höhe: „Doktor!"

„Was gibt's?"

„Es könnte ihr etwas zustoßen!"

„Das Theater ist ganz in der Nähe. Falls es nötig ist, wird man mich rufen."

„Aber die Schmerzen!" rief Thyrsis erregt. „Was kann man da tun?"

Der Arzt wusch sich die Hände. „Es gibt keine Geburt ohne Schmerzen," bemerkte er. „Dies ist erst das, was wir die falschen Wehen nennen. Die wirklichen Gebärschmerzen dürften sich erst gegen Morgen einstellen." Er blieb an der Tür stehen, die Hand auf der Klinke. „Machen Sie sich keine Sorgen, die Pflegerinnen wissen, was sie zu tun haben."

„Das Theater!" Wie seltsam. Freilich konnte dieser Mann, der wöchentlich bei mehreren Geburten Hilfe leistete, nicht mit jeder einzelnen Patientin leiden. Trotzdem hätte er nicht vom Theater zu sprechen brauchen; das gab beiden ein furchtbares Gefühl der Verlassenheit. Fortsetzung folgt.

*) Der Roman ist als Buch im Verlag von Gustav Kiepenheuer, Potsdam-Wildpark, erschienen. Wir raten unseren Lesern zur Anschaffung desselben. Es eignet sich vorzüglich zu Geschenkzwecken. Bezug durch unsere Bezirksbuchhandlung, Halle, Lerchenfeldstraße 14, oder durch die Ortsbuchhandlungen. D. Red.

Werden

Von Osten gen Westen über die Erden
wandert gewaltig ein Menschenwerden,
Haupt in Wolken, hoch im Schritt —
Menschenwerden, nimm mich mit!

— — — — — — — — — —

Hier wird keiner mitgenommen.
Selber schreiten nur kann frommen!

Hermann Claudius (Hamburg).

Zwi-Zwi

Ein unveröffentlichter Brief aus dem Gefängnis

Von Rosa Luxemburg

Februar 1918.

Meine liebe Mathilde!

Ich habe solche Gewissensbisse: Martha war heute hier und ich war gerade in scheußlicher Stimmung. Aber ich will mich für das nächste Mal zusammennehmen.

Davon, daß Sie meinen Geburtstag an Louise abtreten wollen, kann gar keine Rede sein. Ich bestehe auf meinem Schein. Ich freue mich doch schon seit Wochen auf diesen Ihren Besuch und bis jetzt habe ich Sie noch stets am Geburtstage gehabt und nun wollen Sie auf meine Kosten die Großmütige spielen!

An Louise schreibe ich eben, daß ich sie zum Mai einlade, bitte, überlassen Sie mir doch, wer und wann man zu mir kommen soll.

Heute bekam ich das Urteil wegen Beleidigung des Kriminalbeamten: zehn Tage Gefängnis und Kosten. Veranlassen Sie beim Bureau Dr. Weinberg die nötigen Schritte. Das Urteil ist gefällt vom Schöffengericht Berlin-Mitte, Abteilung 136, am 25. Januar, trägt die Nummer 136 D 505 11 16. In der Begründung steht nichts mehr als die Konstatierung der Tatsachen, die ich zugegeben habe.

Um meinen schlimmen Finger regen Sie sich auch schon auf? Es ist nichts damit; ich schloß nur energisch die Schublade in der Kommode, vergaß aber meinen Finger drin, darauf kam er zerquetscht heraus, was mir ganz recht geschah.

O Mathilde, wann werde ich mit Ihnen und Mimi in Südende sitzen und Euch beiden wieder Goethe vorlesen? Doch, ich will Ihnen gleich heute ein Gedicht aus dem Kopf vortragen, heut nacht fiel es mir wieder — weiß Gott weshalb — ein. Es ist eins von Conrad Ferdinand Meyer, dem lieben Schweizer, der auch den Jürg Jenatsch geschrieben hat. Setzen Sie sich nun, nehmen Sie Mimi auf den Schoß und machen Sie das liebe, andächtige Schafsgesichtlein, das Sie zu machen pflegen, wenn ich Ihnen etwas vorlese. Also Silentium:

Huttens Beichte.

Hier schreit' ich über meinem Grabe nun —
Hei, Hutten, willst du deine Beichte tun?
's ist Christenbrauch. Ich schlage mir die Brust
Wer ist ein Mensch und ist nicht schuldbewußt?

Mich reut mein allzu spät erkanntes Amt!
Mich reut, daß mir zu schwach das Herz gestammt
Mich reut, daß ich in meine Fehden trat —
Mit schärf'ren Streichen nicht und kühn'rer Tat!
Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug!
Mich reut der Tag, der keine Wunden schlug!
Mich reut — ich scheu' mir Aschen auf das Haupt — —
Daß ich nicht fester noch an Sieg geglaubt!

Mich reut, daß ich nun einmal bin gebannt!
Mich reut, daß oft ich Menschenfurcht gekannt!
Mich reut — ich beicht' es mit zerknirschtem Sinn — —
Daß nicht ich Hutten stets gewesen bin!

Diesen Schluß werden Sie mir auf's Grab setzen .... Haben Sie das ernst genommen, Mathilde? Ei, lachen Sie darüber. Auf meinem Grabe wie in meinem Leben wird es keine großspurigen Phrasen geben. Auf meiner Grabestafel dürfen nur zwei Silben stehen: „Zwi-Zwi". Das ist nämlich der Ruf der Kohlmeisen, den ich so gut nachmache, daß sie sofort herlaufen. Und denken Sie, in diesem Zwi-Zwi, das sie sofort herlaufen. Und denken Sie, in nadel aufunkelte, gibt es seit einigen Tagen einen ganz kleinen Triller, einen winzigen Brustton. Und wissen Sie, Fräulein Jacob, was das bedeutet? Das ist die erste leise Regung des kommenden Frühlings — trotz Schnee und Frost und Einsamkeit glauben wir — die Kohlmeisen und ich — an den kommenden Frühling! Und wenn ich den vor Ungeduld nicht erleben sollte, dann vergessen Sie nicht, daß auf meiner Grabestafel nicht stehen darf außer „Zwi-Zwi" . . .

Ich umarme Sie und Mimi in schrecklichster Sehnsucht.

Ihre Rosa.

Bürgerliches Banausentum

Zur Frage der Gerhart-Hauptmann-Festspiele

Von Peter Maslowski

Siehe da, das ist die Bourgeoisie, die glaubt, „Bildung" und „Kunst" in Erbpacht genommen zu haben! Hier wird jedem vorwärtsdrängenden Proletarier klar, daß die von „Kultur" Uebersättigten längst ein rückschrittliches Element geworden sind, das nicht mehr nach neuen Ufern strebt, sondern knickerig wie ein alter Geizhammel unter seiner Kultur vor allem die Verteidigung seines Geldschrankes und seiner „Religion" versteht.

Die Provinz Schlesien rühmt sich, den größten zurzeit lebenden Dichter hervorgebracht zu haben. Man darf in Gerhart Hauptmann, der vor 60 Jahren in Ober-Salzbrunn geboren wurde, jenen Dichter sehen, der wohl einige revolutionäre Ansätze in seinen Werken aufzuweisen, der aber doch längst seinen Frieden mit der bürgerlichen Gesellschaft gemacht hat. Und doch, der Provinziallandtag für die Provinz Schlesien, so ziemlich die lächerlichste und geistig beschränktste Körperschaft sogenannter Volksvertreter, die sich in ihrer reaktionären Borniertheit drei Jahre nach der sogenannten deutschen Revolution spreizen dürfen, ist bereits so über die Gebühr reaktionär gegenüber dem größten schlesischen Dichter, daß selbst „liberale" Kreise gegen dieses Banausentum protestieren.

Der Provinziallandtag erklärt: „Die Weber" können in unserer aufgeregten Zeit nicht aufgeführt werden, sie gefährden die „Ruhe und Ordnung". Der „Florian Geyer" ist aber auch so ein gottloses Zeug, in ihm werden unsere religiösen Gefühle verletzt. Also: wir denken nicht daran, eine Kunst zu bezahlen, die die heute so schöne und gottgewollte Gesellschaftsordnung umstürzen möchte.

Und also geschah's: Die vom Provinzialausschuß versprochenen 100 000 Mk. für den Garantiefonds der Gerhart-Hauptmann-Festspiele wurden nicht bewilligt. Eine „Festwoche" sei übrigens auch angesichts der nationalen Trauer um Oberschlesien nicht angebracht. Vielleicht sagen das gerade jene moraltriefenden Uebernationalisten, die kein Wort der Entrüstung für die Bars und Dielen haben, in denen der Sekt in Strömen fließt, und Weiber gekauft werden können, trotz des vaterländischen Unglücks.

Selbst für bürgerliche Begriffe hat sich der köstliche Provinziallandtag blamiert. Eine Kopenickiade auf dem Gebiet der Kunst! Und noch immer hören wir den Untertan zu diesem Schildbürgerstreich, den echt teutschen Blödsinn satter Ueberheblichkeit, der am liebsten auf der Spitze der Bajonette vorangetragen wird: „Am deutschen Wesen wird die Welt genesen" — —

Dieses deutsche Wesen zittert vor allem um seinen Geldsack und seinen Gott, wobei beide Begriffe völlig ineinanderfließen. Aber dieses deutsche Wesen schämt sich durchaus nicht, vor der ganzen Welt einen Gerhart Hauptmann zu verleugnen, einen Dichter, auf dessen Bedeutung die deutsche Bourgeoisie immerhin stolz sein könnte.

Aber hier zeigt es sich eben, daß die herrschende Klasse zu satt, zu abgelebt ist, um auch nur ihre eigenen Größen zu erkennen. Das nicht bloß um seine materielle Besserstellung, sondern vor allem auch um eine wahre Kultur ringendes Proletariat, das in allen Stürmen und Schlachten seines harten Klassenkampfes steht, hat tieferen Sinn für bleibende Kulturwerte. Das Proletariat hat stets einen feinen Instinkt gehabt für jene Dichtungen, die bereits über die typisch-bürgerliche Unkultur hinauswiesen.

Und gerade ein Gerhart Hauptmann, obgleich er nur zu oft mit unserem Klassenfeinde paktiert und der Bürgerlichkeit Konzessionen gemacht hat, hat's erfahren, daß es stets noch die Arbeiter waren, die für ihn eintraten, wenn die Bourgeoisie den Dichter der „Weber" rügte.

Als bei den ersten „Weber"-Aufführungen im Berliner damals noch Königlichen Schauspielhaus, „Seine Majestät", der heutige Idiot von Amerongen, empört war, daß „so etwas" auf seinen Bühnen gespielt wurde, da ergriff vor allem die sozialistische Presse Partei für Hauptmann.

Als zum 50. Geburtstag des Dichters das Gemeindeparlament seines Geburtsortes Ober-Salzbrunn eine Ehrengabe verweigerte, weil Hauptmann immerhin kein flacher Durchschnittspatriot von einem Dichter ist, da waren es vor allem Stimmen aus der Arbeiterschaft, die sich auflehnten gegen diese Schändung wahren Kulturempfindens. Und als ein „Hohe-Druff"-Held, „unser Kronprinz", seine Attacke ritt gegen den Dichter des Jahrhundertfestspiels für das Jahr 1813, da waren's wiederum die Sozialisten, die auf Hauptmanns Seite standen.

Damals hat sich Gerhart Hauptmann unzweifelhaft starke Sympathien erworben bei allen Arbeitern, die gewußt haben, daß seine Schilderung des Jahres 1813, die einen Hohenzollern als eine Null gegenüber einem napoleonischen Genie und gegenüber dem Freiheitswillen eines Volkes hinstellt, der historischen Wahrheit entspricht. Und noch heute rechnen wir es Hauptmann hoch an, daß er sich in der Breslauer Jahrhunderthalle, in diesem Bau protzenhafter Bürgerlichkeit, im Jahre 1913 nicht als Geschichtsfälscher und rückgratloser Hofdichterling erwiesen hat.

Wenn jetzt die reaktionäre Mehrheit des schlesischen Provinziallandtages die glorreichen Traditionen eines Kronprinzlichen Schützenjägers, forsteht, so stehen wir selbstverständlich wieder auf des Dichters Seite.

Ueber eine „Weber"-Aufführung kann uns der schwarzweißrote Zirkus des Provinziallandtages tausendfach gestohlen bleiben. Wir sind Fleisch und Blut von jenen schlesischen Webern, die im Jahre 1844 in blutigen Hungeraufständen ihr Recht ums Dasein von einer geschwollenen Kapitalistenclique zu erkämpfen versuchten, und jener (Friedhofs)-Ruhe und (Zuchthaus)-Ordnung anheimfiefen, die der Provinziallandtag sogar über den Geist der rebellierenden schlesischen Proleten, der in Hauptmanns „Weber" zum Ausdruck kommt, verhängen will.

Aber wir verstehen den Geist, weil unser revolutionäres Sein mitten in dem der Rebellen aus dem Eulengebirge vom Jahre 1844 steht. Aus peitscht dieser Geist, den die um ihre kapitalistische Ausbeuterordnung bangenden „Volksvertreter" sogar von der gesetzlichen Bühne verscheuchen möchten, mit neuer Hoffnung und neuer Kampfesglut. Die Herren Dichbücke im Provinziallandtag haben in ihrem Haß gegen alles Revolutionäre ganz richtig empfunden, daß die „Weber" den Geist der Rebellion in ihren Lohnsklaven wecken. Und wir sagen euch frei heraus, daß wir nichts zu versteuchen haben, daß uns jener Geist der heiligste ist, der bei den Berliner Aufführungen der „Weber" in der Zuschauerung von Holländer die im Theater anwesenden Proletarier zu stürmischen Demonstrationsrufen begeisterte, indem sie das Dichterwort „Jäger soll herauskommen!" variierten in „Heraus mit Hölz aus dem Zuchthaus!"

Und wenn „Die Weber" und der „Florian Geyer" in der Jahrhunderthalle doch zur Aufführung gelangen sollten, dann werden wir durchaus nicht mit jener liberal angehauchten Gesinnung zuschauen, die in den Heineschen Versen zum Ausdruck kommt:

„Der Knecht singt gern ein Freiheitslied
des Abends in der Schenke:
das fördert die Verdauungskraft
und würzet die Getränke."

Uns ist es anders als Sozialdemokraten und Sozialbürgern bitter ernst um das große Freiheitslied unserer Klasse. Und wir werden nicht bloß seine Melodie singen, sondern wollen es durch die Tat erleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220505-11/fragment/page=0008